

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graubauerstraße 5 und Neue Lützenstraße 11, durch die Buchhandlung, Bismarckstraße 14, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,20 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normaler 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Ein mittelparteiliches Zollkompromiß

Erhöhung vorläufig nur für Rindfleisch und Gerste.
Dafür mehr Gefrierfleischzufuhr.

Im Laufe des Mittwoch unterrichtete die Regierung die Fraktionen des Reichstags über ihre Pläne hinsichtlich der Neuregelung der Zollfragen im Zusammenhang mit der Abschließung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Am Abend fand dann eine Zusammenkunft der Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Hasse und Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums statt. Als Ergebnis soll dem Reichstag nach Abschluß der Verhandlung ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien vorgelegt werden. Die Absicht der Regierungsparteien mit Unterstützung der Regierung ist, ein Kompromiß zu finden, und zwar so, daß eine Reihe von wichtigen Positionen des § 6 des Zolltarifs, der bis zum 31. Juli für die wichtigsten Lebensmittel ermäßigte Zollsätze vorläuft, über den 31. Juli hinaus um einige Morate verlängert wird. Auf diese Weise werden die ermäßigten Zollsätze auch weiter Geltung haben für Butter, Schweinefleisch, Schmalz und Speck, während für Rindfleisch der im Zollvertrag vorgesehene erhöhte Satz erhoben werden soll. Voraussetzlich werden diese ermäßigten Zollsätze auch für die Rohstoffe der Margarineindustrie bis auf weiteres bestehen bleiben. Im übrigen soll eine Differenzierung zwischen Futtermittel- und Braugerste eintreten. Der autonome Zoll für Futtermittel soll nach den bisherigen Vereinbarungen auf 2 Mark und für Mais auf 3,20 Mark festgelegt werden, wobei allerdings die Regierung versichert, daß diese Sätze bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen eine Ermäßigung erfahren würden. (?)

Die interfraktionellen Verhandlungen wurden am Mittwoch noch nicht abgeschlossen, da noch Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der Regelung der Zölle für Weizen und Roggen. Das Zentrum wünschte sich mit dieser Materie noch in einer Fraktionsberatung beschäftigen zu können. Man denkt vorerst an einen autonomen Zoll von 5 Mark und 550 Mark. Auch diese Sätze sollen später angeblich weiter herabgesetzt werden. Außerdem hat die Frage zur Diskussion, ob es möglich sei, eine Erhöhung der Getreidepreise dadurch zu vermeiden, daß man auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Zolländerungen von der Möglichkeit der geltenden Zölle für Roggen und Weizen Gebrauch macht. Im übrigen ist beabsichtigt, eine Erhöhung des Gefrierfleisch-Kontingents über 50 Prozent vorzunehmen.

Das Schicksal dieses Kompromißvorschlages, der über das anfangs angekündigte Entgegenkommen der Mittelparteien hinausgeht, dürfte von der allgemeinen politischen Entwicklung abhängen, die wiederum von der Lösung der Fürstenabfindung bedingt wird.

Ein Todesopfer des Terrors auf dem Lande.

Im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. sind zahlreiche Landarbeiterfamilien wegen der Ausübung ihrer Staatsbürgerpflicht beim Volksscheidungsamt getötet worden. Dieser Wahlterror der „Christlich-Nationalen“ hat im Kreise Weststernberg das erste Todesopfer gefordert. In Zohlow hat die Landarbeiterfrau Kurowski infolge ihrer Maßregelung Selbstmord begangen.

Die Deputierten Kurowski, die trotz der Drohungen des Besitzers Grasnig ihr Wahlrecht ausübten, wurden ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt. Der Stall wurde ihnen gesperrt. Das nahm sich die 65jährige Frau Kurowski so zu Herzen, daß sie ihrem Zimmer durch Erhängen ein Ende machte.

So geschehen im Jahre 1926 in der Ostmark. Wenn je ein Fall zum Himmel schrie, so dieser!

Die Mitglieder des Sondergerichts über die Fürsten.

Das Reichskabinett hat den Regierungsparteien eine Liste mit den Namen der für das Reichslandgericht in Aussicht genommenen juristischen Spezialisten und Nichtjuristen übermittelt. Die Liste enthält 24 Vorschläge. 9 kommen als Hauptrichter und 9 als Stellvertreter in Frage. Parlamentarier befinden sich unter diesen in Aussicht genommenen Kandidaten nicht.

Arbeitszeitverlängerung im faschistischen Italien.

Das Ministerium hat nach einer Prüfung der wirtschaftlichen Lage Italiens eine Reihe von Maßnahmen beschlossen:

1. Für die Zeit vom 1. Juli 1926 bis 30. Juni 1927 wird die Errichtung von Neubauten verboten, da die Bauwirtschaft auf Hilfe und vorläufige Häuser für Mittelstand und Beamte beschränkt soll.
2. Vom 1. Juli ab wird bis auf weiteres die Eröffnung von neuen Bars, Cafés, Konditoreien und Tanzunternehmungen verboten.
3. Vom 1. Juli ab wird die tägliche Seitenzahl der Zeitungen auf höchstens sechs beschränkt. Vergrößerungen des Formats sind nicht zulässig.
4. Vom 1. November ab ist den Automobilbetriebsstoffen Alkohol in einem gewissen Verhältnis zuzusetzen.
5. Vom 1. Juli ab sollen die Arbeitgeber die Beschäftigten Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern.

Vor der Entscheidung im Reichstag.

Keine Aussicht auf 2/3 Mehrheit für das Fürsten-Kompromiß. Bessere soziale Hilfeleistung für Schwangere.

Im Reichstag wurde gestern die zweite Lesung des Fürstengesetzes zu Ende geführt. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden fast durchweg ebenso abgelehnt, wie die deutschnationalen Verschlechterungsvorschläge. Die Kommunisten leisteten sich dabei den Wahnsinn, gemeinsam mit den Deutschnationalen für einige Verschlechterungen zu stimmen, zum Beispiel gegen die Enteignung der früheren fürstlichen Repräsentationsgelder. Sie erklärten, damit demonstrieren zu wollen, daß es auf diese paar Millionen ja doch nicht anläme. Nachdem aber durch den Volksscheid die Enteignung der gesamten Fürstenermögen abgelehnt ist, kommt es ja praktisch nur noch auf den parlamentarischen Kampf um die Einzelteile dieser Vermögen an. Unsere Genossen bemühten sich bei jedem Paragraphen im zähen Kampf um die Wahrnehmung der Volksrechte. Was sie gestern dabei herausholten, war nicht viel und wird die Annahme des gesamten Gesetzes unserer Meinung nach nicht rechtfertigen können. Sogar die Aufwertung der Fürstenansprüche bis zu 1450 % wurde nicht angefochten. Das Sondergericht kann aber, wenn es darauf umgelegt ist, nicht anders sein. Man muß sich aber darüber klar sein, daß auch im Falle von Neuwahlen etwas anderes als eine Wiederholung dieses parlamentarischen Kampfes unter etwas günstigeren Mehrheitsverhältnissen nicht in Frage kommt. Die bürgerliche Presse erkennt das dadurch an, daß sie nur noch die Sozialdemokratie als Machtfaktor auf der Linken wertet, der die Entscheidung mit beeinflussen kann. Die Kommunisten brauchen unsere Gegner nur dann noch, wenn sie durch wüste Worte als Schredgespenster für den deutschen Spießbürger brauchbar werden und der unglückselige Ruscinski-Ausbruch, dessen Tätigkeit im Volksscheid vielleicht keine tausend Stimmen im ganzen Reich eingebracht hat, weiß sich ja selber keine Aufgabe mehr zu setzen, die nicht von anderen Seiten längst übernommen wurde.

Unsere Reichstagsfraktion hat zu ihren entscheidenden Beratungen auch den Fraktionsvorsitzenden unserer Preussischen Landtagsabgeordneten zugezogen. Wie wir hören, ist auch in dessen Kreisen die Stimmung durchaus für Neuwahlen, die man gegebenenfalls gleichzeitig in Preußen durchführen würde, um dort endlich die republikanische Mehrheit zu stabilisieren. Vollziehen kann die Auflösung im Reich aber bekanntlich nur eine Reichstagsmehrheit oder der Reichspräsident. Der letztere soll trotz deutschnationaler Warnungen angeblich dafür zu haben sein, falls die Reichsregierung sie wünscht. Aber ob die Minister und Fraktionsführer auch nur eines Teils der Mittelparteien sich dazu aufraffen werden, erscheint uns vorläufig nach ihrer Haltung bei den gestrigen Abstimmungen noch recht zweifelhaft. Von fester politischer Führung seitens der Regierung Marx-Rühl-Stresemann spürt wohl niemand etwas.

Die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Fürsten und den vormalig regierenden Fürstenthälern wurde gestern im Reichstag fortgesetzt bei § 8, der nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses folgenden Wortlaut hat:

- „Zivilisten, Kronleibentommiß-Renten, Krondotations-Renten und ähnliche Renten fallen entschädigungslos fort.“
- „Graf v. Merveldt (Dnat.) bezeichnet diesen Paragraphen als eine Verletzung des Heiligtums des Privateigentums.“ (Lachen bei den Kommunisten.)
- „Abg. Schulte (Ztr.) erklärt, daß diese Renten keinen privatrechtlichen Charakter tragen, deshalb könne das Zentrum, ohne gegen seine grundsätzliche Einstellung zu verstoßen, für die entschädigungslose Enteignung stimmen. Schon vor der Annahme habe ein Minister den öffentlichen Charakter dieser Renten anerkannt.“
- „Abg. Landberg (Soz.) weist darauf hin, daß diese Renten zu Repräsentationszwecken gezahlt worden sind, daß sie Zulagen zu den sonstigen Bezügen darstellen. Sie sind deshalb erhöht worden, mit der Begründung, daß sie für Repräsentationszwecke nicht mehr ausreichten. Es gibt kein Amt, über dessen Dauer hinaus Repräsentationsgelder gezahlt werden.“
- „Abg. Dr. Pfleger (B. Vp.) erklärt, daß die Sozialistische Fraktion sich die endgültige Stellungnahme zu diesem Paragraphen nicht vorbehalten.“

Abg. Neubauer (Komm.) meint gegenüber dem deutschnationalen Redner, daß noch niemals so viel Privateigentum geraubt worden sei, wie von den früheren Fürsten. (Da der Redner über alles Mögliche, nur nicht über den § 8 spricht, wird er zweimal zur Sache gerufen.)

Der § 8 wird darauf angenommen. Dagegen stimmen, wie schon im Ausschuss, neben den Deutschnationalen und Bäckischen auch die Kommunisten. — Es folgen die §§ 9 bis 12, die die Verteilung der Vermögenswerte regeln.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Auch bei den Vermögensfällen, die lediglich Kultur- und Volksgesundheitszwecken dienen sollen, wird ein Unterschied gemacht zwischen fürstlichem und privatem Eigentum. Unsere Forderungen, die wir im Interesse der Kultur und der Volksgesundheit gestellt haben, sind nicht erfüllt worden. Noch vor einigen Tagen hat ein Rechtslehrer im „Berliner Tageblatt“ festgestellt, daß auch bei den Vermögensfällen, die angeblich privat erworben worden seien, staatliche Gelder verwendet worden sind. Wir verlangen ganz besonders, daß die Wälder usw. dem Volke erhalten bleiben.

Abg. Graf v. Merveldt (Dnat.) begründet einen deutschnationalen Antrag, wonach diese Paragraphen gestrichen werden sollen. Es dürfe nichts vorweg aus der Streitmasse genommen werden, um sie dem Staate zu geben.

Abg. Schulte (Ztr.) tritt für die Ausschussentscheidung ein. Er erklärt, daß die Fürsten die Volkswirtschaftsaufgaben, die früher die Fürsten zu erfüllen hatten, mühten jetzt von den Ländern übernommen werden.

Abg. Thiel (Komm.) erklärt, daß den früheren Fürsten dieselbe angemessene Lebenshaltung gewährt werden solle wie den Inakadem. Das würde bei den Fürsten deshalb besonders angebracht sein, weil sie die Wälder der im Krieg gefallenen Soldaten seien. (Lärm bei den Deutschnationalen.) Als zwei Millionen Menschen tot auf den Schlachtfeldern lagen, sei Wilhelm feige nach Holland geflohen. (Lärm bei den Dnat.) — Abg. Laverenz (Dnat.) wird wegen beleidigender Zureue zur Ordnung gerufen. Auch Hindenburg, der während des Krieges den Soldaten Eigenland versprochen hat, habe sein Wort gebrochen. (Pfuierte und Lärm bei den Dnat.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) stimmt dem Vorredner darin zu, daß die Auslegung des Begriffs „angemessene Lebenshaltung“ zu den schlimmsten Fehlurteilen führen könne, wie das die Sozialdemokraten im Ausschuss mit größtem Nachdruck dargelegt haben. Es fehlt jede Bestimmung in dem Gesetz, die eine Auslegung dieses Begriffs, die mit dem Volksempfinden im Widerspruch steht, unmöglich macht. In der Vorlage soll die Regelung nach den früheren Verhältnissen der Fürsten getroffen werden. Dagegen müßte jeder Republikaner Einspruch erheben.

Die sozialdemokratischen und deutschnationalen Änderungsanträge werden abgelehnt, die einzelnen Paragraphen mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Deutschnationalen, Bäckischen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Das Haus wendet sich den §§ 13 bis 17 zu, die die Festlegung der Renten und die Aufwertung der als berechtigt anerkannten Ansprüche enthalten.

Beschwerden Otto Brauns über die Reichsbürokratie.

Am Mittwoch wurde im Landtag mit der dritten Beratung des Etats begonnen. Bei der allgemeinen Besprechung nahm zunächst das Wort

Ministerpräsident Braun.

Er appellierte mit besonderem Nachdruck an das Reich, zur Durchführung des Notstandsarbeiten-Programms ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichsfinanzminister habe erkrankungsweises betätigt gegeben, daß die Reichsfinanzverwaltung mit Ueberbürdungen abgeklafft habe. Um so mehr sei das Reich verpflichtet, gerade in der Arbeitslosenfrage nicht zu trauern. Das Gleiche gelte für die Wiedergutmachung der Ueberlebenden; auch hier müsse das Reich mehr zur Dedung beitragen. Es habe früher Zusage gegeben, dabei aber merkwürdigerweise erklärt, dazu von rechtswegen nicht verpflichtet zu sein.

Der Ministerpräsident striffte dann eine Reihe preußischer Beschwerden gegenüber dem Reich. Er kritisierte, daß das Reich eigene Siedlungsanstalten schaffen wolle, während Preußen einen gut eingespielten Siedlungsapparat zur Verfügung habe. Statt unnötige Neubauten zu verursachen, solle das Reich lieber die vorhandenen 50 Millionen endlich auch der Siedlung zulassen. Preußen habe im Friedensvertrag ein Fünftel seines Waldbestandes abtreten müssen. Das Reich habe seinerzeit die Erschließung anerkannt. Jetzt rede es davon, daß durch eine Abschlagszahlung von 85 Millionen die Verbindlichkeiten erledigt seien. (Hört! Hört!) Das Reich habe sich ferner eine eigene Reichsfortbewegung angeeignet. Preußen habe bis jetzt dagegen vergeblich protestiert. Ebenso seien die Wünsche Preußens bei der Bekämpfung der preußischen Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn noch immer nicht erfüllt. Obwohl Preußen mehr als irgend ein anderes Land dem Reich die Treue gehalten habe, werde jetzt seine Reichsreise durch Nichtachtung berechtigter Wünsche belohnt. Kein Wunder, wenn die kleineren Länder jedesmal, wenn sie von Preußen etwas erreichen wollen, Reichsinteressen vorziehen. Preußen habe geglaubt, verschiedene Zwergländer könnten nichts Besseres tun, als sich an den preußischen Staatsverband anzuschließen. Darin habe man sich getäuscht. Preußen wird künftig nicht mehr seine Verwaltungseinrichtungen zur Verfügung stellen, nur damit die Zwergländer ihre Selbstständigkeit erhalten können. Der Schutzungsvertrag mit Wädded ist gekündigt worden; er läuft nur noch zwei Jahre.

Ueber die Groß-Hamburg-Frage bemerkt der Ministerpräsident, daß der hamburgische Staat nicht nur über die Staatseinnahmen einer reichen Stadt, sondern auch noch über die Staatseinnahmen aus den Reichssteuerüberweisungen verfüge, ohne an den Lasten für das flache Land beteiligt zu sein. Die Einwohner der preussischen Randgemeinden des Hamburger Wirtschaftsgebietes stellen Hamburg die Arbeitskraft zur Verfügung, die Lasten dieser Randgemeinde trage aber Hamburg nicht. Hier müsse von reichswegen endlich ein Ausgleich geschaffen werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen sei es Pflicht des Landtages, den preussischen Randgemeinden ihre gemeindliche Selbstständigkeit zu sichern. Das erfordere finanzielle Opfer.

Der Ministerpräsident fordert zum Schluß zur Besserung der finanziellen Leistungsfähigkeit eine durchgreifende Verwaltungsreform. Besser eine an Zahl kleine, aber ordentlich besetzte Beamtenchaft, als ein großes Beamtenheer, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel erhält. (Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Osteroth (Soz.):

Die Frage des Ministerpräsidenten war geradezu eine Klage in die Öffentlichkeit. Die Staatsmaschine arbeitet in Preußen außerordentlich reibungslos. Infolgedessen viel Zeit- und Kraftvergeudung! Die Ursache für die Schwierigkeiten liegt zum Teil in den wenig klaren Mehrheitsverhältnissen. Seit der Landtagswahl von 1924 hat allerdings das Volk im Reich und in Preußen etwas deutlicher gesprochen und besonders deutlich unlängst beim Volksentscheid. Der Kräfteverschiebung draußen sollte man endlich im Landtag etwas mehr Rechnung tragen, damit die ewige Krisenluft verschwindet. Zu Krisen ist jetzt keine Zeit, es gibt jetzt Wichtiges zu tun. (Sehr richtig! links.)

Drei große Gegenwartsaufgaben stehen vor uns: Sicherung des republikanischen Staates, Reorganisation der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir müssen aus den Agrargebieten Deutschlands etwas anderes machen als Domänen des Großgrundbesitzes. Dann brauchen wir vor allem eine vernünftige Handelspolitik. Das Zusammenreißen der neuen Schutzoll-Wälle mit der Wirtschaftskrise ist nicht von ungefähr. Was wurde mit den hohen Verhandlungsschritten erreicht? Nichts! Nichts gegenüber Frankreich, nichts gegenüber Polen. Statt Deutschland wirtschafts- und handelspolitisch zum großen Magnet Europas zu machen, schlagen wir uns in Deutschland gegenseitig die Schädel ein um Dinge, die längst selbstverständlich sein müßten, wie zum Beispiel um die Staats-

form und um die Verfassung. Die Verfassung kann nicht mit Bajonetten erzwungen werden. Die Verfassung ist die Basis für den Aufstieg der Massen, die heute etwas ganz anderes darstellen als die Knechte und Fronbauern der Feudalzeit. Das selbstbewußt gewordene Volk und seine Kerntruppe, die organisierte Arbeiterschaft, kann ohne die Weimarer Verfassung nicht existieren, sie braucht diese Verfassung wie die Luft zum Leben. In der Sicherung dieses Lebenselements für die Massen, in der Sicherung der Verfassung und der Republik liegt die neue historische Aufgabe Preußens. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schlange-Schönungen (Dnat.): Wenn jetzt im Reichstag keine klare Entscheidung in der Fiskusfrage erfolgen sollte, müsse das Staatsministerium für einen anständigen Vergleich sorgen. (Sehr richtig! bei den Dnat. Abg. Rufe und Lachen bei den Soz.) Die Fiskusfrage derer um Clag sei Erfindung. Der deutsche nationale Redner gratulierte dann den Kandidaten der Studenten von Hannover zu ihrer Haltung. Die Abstimmung über den Volksentscheid habe gezeigt, daß wir heute in derselben Atmosphäre leben, wie vor dem 9. November (!). Es müsse eine bürgerliche Einheitsfront zur Verteidigung des Rechts und des Christentums geschaffen werden.

Abg. Schwarzhaupt (D. Vp.) nimmt den Deutschnationalen in allem zu.

Abg. Bartels (Komm.) meint, Professor Lessing habe wenig Kapitalismus gebaut. Die reaktionären Großindustriellen haben sich kürzlich in „meinem Kreise“ ausgerechnet von Adolf Hitler über die politische Lage aufklären lassen.

Abg. Nibel (Dem.): Die anbauende Aufregung über die Fiskusfrage scheint zu bewirken, daß die Polizei auf dem richtigen Wege gewesen ist. Warum versucht man sonst immer wieder einen parlamentarischen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren? (Sehr wahr! links.) Das Gefühl der „Unfreiheit“ besteht nach der Fiskusfrage nur bei denen, die Veranlassung dazu haben. Daß Herr Schlange-Schönungen die Studenten von der Tribüne des Landtages aus zur Unterhöhlung der Staatsautorität ausdrücklich beglückwünscht hat, ist sehr bezeichnend für die hannoverschen Studenten oder bezeichnend. Herr Schlange malt das Schreckensbild des Bolschewismus an die Wand und er und seine Freunde stimmen im preussischen Landtag für kommunistische Mißtrauensanträge gegen die Regierung und gründen ihre ganze Opposition gegen die Regierung überhaupt nur auf eine Wehheit, die allein mit Hilfe der Kommunisten zustande kommen kann.

Dann vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Der deutsche Kredit an Sowjetrußland.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages ging Reichsminister Dr. Curtius am Mittwoch nochmals auf den russischen Kredit ein. Er teilte mit, daß jetzt von dem in Frage kommenden Bankfortium für die Finanzierung deutscher Ausfuhr nach Rußland ein bloß 120 bis 150 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden sollen. Bei dem eingeleiteten Ausschuh sind bisher aus den Wirtschaftskreisen zahlreiche Anfragen eingelaufen, die sich auf die deutsch-russischen Lieferungsverträge beziehen. Bis jetzt liegen ungefähr Anträge auf Erteilung der Garantie in Höhe von 14 Millionen Reichsmark vor.

Alle Oppositionsführer in Spanien verhaftet oder geflohen.

Paris, 1. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Aus Madrid werden weitere Einzelheiten von den in den letzten Tagen durch General Primo de Rivera vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen wegen des gegen ihn beabsichtigten Komplotts gemeldet. Mehr als 100 Offiziere und Soldaten sind in die Militärgefängnisse eingeliefert worden. Der Chef der Reformpartei, Alvarez, ist ebenfalls am Mittwoch in Madrid festgenommen worden. Ein Haftbefehl ist auch gegen den Chef der Liberalen Partei, den Grafen Romanones, erlassen worden. Es gelang ihm jedoch, im Automobil über die französische Grenze zu entkommen. Alle diese Ereignisse haben, wie der „Quotidien“ erklärt, in Spanien eine große Erregung ausgelöst, und Reisende, die aus Madrid kommen, versichern, daß man vor schweren politischen Ereignissen in Spanien stände.

Der König und die Königin von Spanien sind in London angekommen, wo ihnen ein offizieller Empfang bereitet wurde.

Der königliche Innenminister Dr. Benesch hat auf Verlangen seiner Partei am Mittwoch das Abgeordnetenmandat zur Kammer niedergelegt. Er bleibt in der tschechisch-deutschen Reichsregierung nur Fachminister.

Der Abschluß der großen Schieberprozesse gegen Kulisler und Spritweber.

Das Urteil im Kulisler-Prozess,

der sich drei Monate lang hinzog, wurde am Mittwoch vormittag verkündet. Der Hauptangeklagte Iwan Kulisler wurde von der Anklage der Anstiftung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen in einem Falle freigesprochen, wegen fortgesetzten Betruges, Urkundenfälschung und Anstiftung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen in einem Falle zu 5 Jahren Zuchthaus, 4 Millionen Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Holzmann erhielt wegen Beihilfe zum Betrug 1 Jahr 6 Monate, Strieder wegen Betrugs und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, die Angeklagten Grieger, Blei, Blau, Alexander Kulisler und Grobe wegen Beihilfe zum Betrug je 6 Monate Gefängnis. Daniel und Max Kulisler wurden freigesprochen. Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft voll angerechnet und Blau, Blei, Grieger und Alexander Kulisler Bewährungsfrist zugewilligt. Die Urteilsurteile haben gegen das Urteil Revision eingewandt. Die Urteilsverkündung erfolgte in Abwesenheit des schwerkranken Hauptangeklagten Iwan Kulisler.

In der Urteilsverkündung erklärte Amtsgerichtsrat Ahlendorff, die Finanzräte der preussischen Staatsbank hätten es bis zu dem Tage, an dem der russische Händler Kulisler zu ihnen kam, stets nur mit ehrenwerten Kaufleuten zu tun gehabt. Kulislers Manövern seien sie glatt zum Opfer gefallen, vor allem seiner ungeheuren Suggestivkraft und seiner abgrundtiefen Betrogenheit, wie sie seit Taglöstros Goldmacherei vor 150 Jahren in Europa nicht mehr vorgekommen sei. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Preussische Staatsbank durch die betrügerischen Maßnahmen Kulislers um 14,8 Millionen Mark geschädigt worden sei, von denen nur 4 Millionen wieder herbeigeschafft werden konnten.

Das Ende des Spritweberprozesses.

Der sich 12 Wochen in Berlin hinzog, wurde am Mittwoch nachmittag mit folgender Urteilsverkündung erreicht: Kriminalkommissar Peters erhielt wegen fortgesetzter passiver Bestechung 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe; außerdem wurde auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren erkannt. Kriminalassistent Beyer erhielt drei Geldstrafen zu je 300 Mt., von denen zwei durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Das Urteil gegen den Hauptangeklagten Hermann Weber lautete wegen fortgesetzter aktiver Bestechung und Betrugs auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe, gegen Heinrich Weber wegen Beihilfe zum Betrug auf 1 Jahr Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten kamen mit Gefängnisstrafen von 6 bis 2 Monaten sowie Geldstrafen von 10000 bis 3000 Mark davon. Der Wert der empfangenen Bestechungsgelder im Betrage von 21800 Mark wurde dem Staate verfallen erklärt. Die Haftbefehle wurden aufgehoben und die gestellten Sicherheitsgelder freigegeben. Die Angeklagten Peters und Hermann Weber, dem 1 Jahr 6 Monate der Strafe auf die Untersuchungshaft angerechnet worden sind, wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

Aus dem Reiche.

Das 50jährige Bestehen des Reichsgesundheitsamtes wurde am Mittwoch in einer Feststiftung, der die Mitglieder der Reichsregierung, sowie Vertreter der Länderregierungen und der medizinischen Wissenschaft und Praxis beiwohnten, gefeiert. Die Festrede hielt Reichsinnenminister Dr. Kütz, der einen Ueberblick über die Entwicklung des Reichsgesundheitsamtes gab und dabei auf die steigende Bedeutung der Hygiene als Wissenschaft und als Faktor der öffentlichen Gesundheitsfürsorge hinwies. Der Minister erinnerte an die epochenmachende Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch im Reichsgesundheitsamt und des Erregers der Syphilis durch Fritz Schaudinn. Besonders gedachte der Minister des bisherigen Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Bum, der nach mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit nunmehr aus seinem Amte scheidet.

Der Reichstag schloß Kommunisten gegen Verfassung. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages lehnte am Mittwoch den Antrag des Oberreichsanwalts zur Genehmigung der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Stocker, Roemer, Kemmle, Hönle, Pfeiffer und Hedert wegen Hochverrats ab. Für die Verhaftung stimmten die Deutschnationalen und die Volksparteier.

Aus aller Welt.

55000 erholungsbedürftige Schulkinder

verläßt die Stadt Berlin zu Beginn der Schulferien. 2000 Kinder haben bereits am Mittwoch Berlin verlassen, teils nach einem städtischen Erholungsheim an der Ostsee, teils nach Ostpreußen. Sonderzüge mit Schulkindern sind außerdem vorgesehen nach Thüringen, selbst nach der Schweiz, nach Niederösterreich, Kärnten und Steiermark.

Das Hochwasser im ganzen Reiche

ist im Sinken begriffen. Die Hochwasserkatastrophe bei Wittenberge kann als beendet gelten. Der Wadendienst ist eingestellt worden und an einer ganzen Reihe von Stellen können die Dämme bereits ausgebessert werden. Die Ueberschwemmungen im Bezirk der mittleren Oder erreichten schon vor einigen Tagen ihren Höchststand und sind stark im Abfluten begriffen.

Kein Abbruch des Verkehrsleistungsgesetzes Danzig-Königsberg.

Zu der Meldung über den angeblichen Abbruch des Verkehrsleistungsgesetzes Königsberg-Danzig, bei dem drei Passagiere getötet sein sollen, erzählt eine Telegraphenagentur, daß es sich lediglich um die Notlandung eines polnischen Verkehrsleistungsgesetzes bei Diep handelt. Eine polnische Flugzeug ist glatt zwischengelandet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Der Berliner Zentralflughafen

auf dem Tempelhofer Feld, der Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs, erfährt gegenwärtig eine völlige Umgestaltung. Durch sie sollen Anflugs- und Abflugsbahnhöfe getrennt und die Betriebsführung klar getrennt werden von dem öffentlichen Publikum. Mittelpunkt der neuen Plananlage wird die durch einen neu errichteten Wetteranzeiger vergrößerte Funktion. Sie wird gegen den eigentlichen Flughafen abgegrenzt durch das neue Betriebsgebäude und ein Atrium. Von hier aus kann das Publikum den gesamten Flughafen übersehen. In beiden Seiten befinden sich dann die beiden Hallen, die eine für die abfliegenden, die andere für die ankommenden Flugzeuge. Die alte Halle mit einer Länge von 20 Metern wird die gesamte Flughallen der Welt werden. Eine wesentliche Verbesserung erfährt die Nachtbeleuchtung für den Nachtflugverkehr. Zwei rote Blindefeuern auf den beiden Turmstufen

melden dem nachts ankommenden Flieger den Flugplatz Berlin bereits auf große Entfernung. Kommt er näher, so beleuchten sieben elektrische Laternen die ganze Hafenfront. Außerdem sind die anderthalb Millionen Quadratmeter des Flugplatzes mit roten Leuchtböjen abgedeckt. Auch die Windrichtung, die der Flieger zur Landung kennen muß, wird nachts farblich angeleuchtet. Der umgestaltete Flughafen soll bereits im Juli in Betrieb genommen werden.

Das Münchener Hofbräuhaus in Berlin.

Das Münchener Hofbräuhaus hat mit dem 1. Juli in Berlin im neu errichteten „Europahaus“, dem neuesten Bierhaus Berlins gegenüber dem Kaiser-Waldhof, einen eigenen Auschank eröffnet. Es ist das erstmal, daß der bayerische Staat außerhalb Bayerns eine Filiale seines staatlichen Hofbräuhauses errichtet. In den blauweiß gehaltenen Räumen können tausend Personen gleichzeitig versorgt werden. Zu diesem Zweck sind 40 Kasse in dem neuen Betriebe angelegt worden. Ein kleinerer Raum ist als „Bräustubl“ hergerichtet. Die Bier Keller sind so geräumig, daß 150 Hektoliter Bier untergebracht werden können.

Wom Mith erschlagen.

In Remnat in Schwaben überraschte ein Gewitter den 18-jährigen Delonomen Leonhard Hartmann und seinen 14-jährigen Bruder Anton bei der Feuernte. Die beiden, die unter einer Tanne Schutz suchten, wurden vom Mith getötet.

Die brennende Autodrohke.

Durch eine Benzinexplosion in Brand geriet eine Berliner Autodrohke, die am Mittwoch vormittags an der Großbeerendstraße mit einer anderen Autodrohke in übermäßig schneller Fahrt zusammenstieß. Ein Jagdgast erlitt eine Gehirnschütterung und so wurde er schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte; zwei weitere Wageninsassen trugen ebenfalls erhebliche Verletzungen davon. Beide Wagen wurden vollständig zerstört und mußten abgeschleppt werden.

Der Hund.

Man erzählt, General im Jahre 1925, Herr Colla, der damals gerade Fliegerminister war, in sein Auto. Er war auf dem Führer saß, die rechte Scherengrube des Motors. „Es ist schrecklich“, sagte Colla, „er heißt alle meine Freunde.“ — „Da hat er nicht viel zu sagen!“ — „Nichts, jemand solle.“

Eine alte Granate tötet 38 Menschen.

38 polnische Soldaten wurden auf dem Truppenübungsplatz in Noworok bei Kowel durch die Explosion eines 18-Zentimeter-Artilleriegeschosses getötet, über 30 Soldaten schwer und 11 leichter verletzt. Es handelt sich um Angehörige einer Kompanie des 41. Infanterieregiments. Unter den Getöteten und Schwerverletzten befinden sich je 2 Offiziere. Man vermutet, daß es sich um ein Geschöß handelt, das noch vom Weltkrieg her im Boden steckte und während des Erregers explodierte.

Im Urat ertrunken.

Die „Tribune“ meldet aus Ferrara, daß bei der Ausbesserung der unterirdischen Abflughöhren eine dieser Höhren platze und drei Arbeiter von den herabstürzenden Uratmassen fortgerissen wurden und dann ertranken.

Die Militarisierung der Jugend in Rußland.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Jugendliga (Komsomol) in der Sowjetunion hat neue Richtlinien für militärische Vorbildung erlassen. Danach sollen bei den einzelnen Jugendverbänden besondere Ausschüsse gebildet werden, denen die militärische Propaganda unter der Jugend obliegen wird. Diesen Ausschüssen sollen auch Vertreter der politischen Verwaltung der roten Armee angehören. In den Schulen sollen Schülvereine gebildet werden, die das Studium militärischer Wissenschaften betreiben werden. Gleichzeitig entstehen die Sowjetverbände eine lebhaftere Werbekampagne für die Kriegsschulen. Wie die Sowjetblätter melden, trägt die Jugend große Interesse für das Militärische. Täglich sind zahlreiche Anmerkungen zu den Kriegsschulen zu verzeichnen. — Von den Schülern der Kriegsschulen des Moskauer Militärbezirks die in diesem Jahre ihre Ausbildung beenden werden, sind 54,9 Prozent Kommunisten, 19,4 Prozent kommunistische Jugendverbänder und 25,3 Prozent Parteiloze.

Ein neuer Film des Roten Reiches.

Der Regisseur des berühmten Roten Reiches, S. Eisenstein, hat zusammen mit seinem Opernführer in Moskau die Aufnahmen zu einem großen landwirtschaftlichen Film der Sowjetunion des neunzehnten Jahrhunderts begonnen. Der neue Film wird die Lage der Bauernwirtschaften im Roten Reich während des landwirtschaftlichen Niederganges der Sowjetunion zeigen.

Saison-Ausverkauf

Auf alle nicht herabgesetzten Damenstoffe
10% Rabatt!

Nur gute, bewährte Qualitäten äußerst preiswert!

Wollmousseline . . . 1.75	1.35	Crépe de Chine 100 cm br. rein. Seid.	4.75
Waschseide kariert . . .	1.25	Kostüm-Cheviot 140 cm breit	3.90
Bastseide reine Seide, 80 cm breit	2.50	Gabardine 130 cm breit, reine Wolle, marine und schwarz	4.40
Bordüren Waschseide, 130 cm breit	3.75	Rips für Kostüme u. Mäntel, rein. Woll., 130 cm br.	4.90
Eolienne doppelt breit, reine Wolle mit reiner Seide	3.95	Mouliné für Kostüme und Mäntel, 130 cm br.	5.90

F. A. Prause

Ohlauer Str. 5/6 * Schuhbrücke 78

Auf alle nicht herabgesetzten Herrenstoffe
5% Rabatt!

B. Wollerge

Mit. 1.40-2.00 Mt., Röper
Mit. 70 Mt., Seimand Mit.
35 Mt. bis 1.30 Mt., Kermel-
futter 60 Mt. bis 1.30 Mt.,
Ganz 1000 Meter in allen
Sorten 35 bis 80 Mt.
Oberhalbsteig 23 Mt.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Bekleidung

f. sämtliche Berufe.
Gediegene Qualitäten,
billigste Preise
Berufskleider
Egon Gädtele
Taubentzenstraße
Nr. 135-137
(Taubentzen-Gebäude)
Wandjacks

Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Grapenstraße 5



Anzüge n. Maß, mod., haltb. Stoffe Mk. 50, 40, 36 und 28
Fertige Anzüge, schönste Formen, stausend billig,
von Mk. 18 an und bis zu den besten Preislagen.
Albrechtstraße 41, II. Etage, kein Laden

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. 2.10 per Liter
den berühmten alten
Breslauer.
Unsere Firma existiert
30 Jahre.
Unsere Edelliköre

werden in ganz Deutschland von den feinsten
Geschäften geführt und sind von Meistern der
Destillierkunst gearbeitet. — Wir bieten an zu

Mk. 3.00 = 30% stark
Rose, Kümmel, Ingwer, Kirsche, Berga-
motte, Pfeffermünze, Stonsdorfer
Mk. 3.60 = 35% stark
Blut-Orange, Gold-Orange, Sherry-
Brandy, Prünelle, Abtei, Noisette, Cacao,
Allasch, Stonsdorfer, Curacao

Weinbrand-Verschnitt per Ltr. 2.80
Weinbrand aus französisch. Weinen per Ltr. 4.00 u. 3.50
Jamaika-Rum-Verschnitt zum Einleg. v. Früchten per Ltr. 3.50 u. 3.00
Himbeersaft ein Liter über 2 1/2 Pfund per Ltr. 1.30
96% iger Alkohol . . . per Ltr. 4.80

Weine vom Faß

Moselwein . . . p. Ltr. 0.90 Tarragona, alt, Ltr. 1.40
Rotwein 1.00 Malaga, alt, p. Ltr. 1.50
Wermutwein, alt 1.40 alles mit Stadtsteuer.

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Blücherplatz 20,
Michaelisstraße 3.

Bei Vergebung von

Druck sachen
berücksichtigen Industrie und Handel,
Kommunal- u. Staatsbehörden, Partei-
vereine, Gewerkschaften, Krankenkassen,
Arbeiter-Sport- und Vergnügungs-
Vereine die Buchdruckerei der

Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

Fahrräder! Fahrräder!
und Zubehörteile bedeutend ermäßigt!

Herron-Spezial mit Freilauf . . v. Mk. 65.— an
Damon-Spezial mit Freilauf . . v. Mk. 75.— an
Triumph, Görlicke, Mita, Opel, Dürrkopp usw.
Die besten Fahrräder für Sport und Beruf!
Schläuche 1.45, Mantel 3.40, Gebirgs v. 5.— an
Pedale 1.75, Ketten 1.75, Sattel v. 3.25 an
Fahrradhaus A. P. Hagedorn, Blücherstr. 28.

Interate erzielen in unserer Zeitung
den größten Erfolg!

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

**Jedem, der verreist,
rufen wir zu:**

Vergiß nicht, Dir ein gutes Buch mitzunehmen!
Denk an das ständig ungünstige Wetter!
Und erhole Dich auch mal geistig!

Unsere stadtbekannt billigen Büchertische mit den
Preisgruppen 20 Pf. bis 1.00 Mk., 1.50 Mk., 1.75 Mk.,
2.00 Mk., 2.50 Mk., 2.75 Mk., 3.00 Mk. ermöglichen
es jedem, sich ein gutes Buch mitzunehmen.

Wir führen grundsätzlich keinen Schund!
Trotz der billigen Preise sind alle unsere Bücher
von literarischem Wert.

Volkswacht-Buchhandlung, mod. Antiquariat
Breslau III, Neue Grapenstraße 3 u. Neue Taschenstraße 11

**Seifen-
flotten**

ein erstklassiges Produkt unserer Seifen-
fabriken in Aiefa-Gebba u. Düsseldorf
1 Paket 35 Pf. 2573

**Konsumverein
„Vorwärts“**

Berücksichtigt unsere Inferenten.

Berufskleidung am Wachtplatz
Breslau 6 Friedrich-Wilhelm-Straße 12



Beachten Sie unseren

Sommer-Ausverkauf!

Alle Preise bedeutend herabgesetzt.
Erstklassige Herren- u. Damenkleider, Sommer-, Winter-
bekleidung, Broches, Anzüge- und Lackschuhe.

Vorwand nach Ansehen des Kunden per Buchhandlung.

Nur 13⁵⁰!

kosten während unseres sen-
sationellen Saison-Ausverkaufs

Eleg. Voile-Kleider
in neuen, großgebühten Mustern,
auch mit moderner Bekürde

Imprägn. Windjacks
aus gutem feinfädigen Stoff
in praktischen kleidsamen Formen

Centawer GM
BH
BRESLAU = SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. Juli.

Mord ist Mord!

Wenn ein viehisches Subjekt einen Lustmord begeht, füllt eine gewisse Presse tage- und wochenlang ihre Spalten mit Sensation. Sei, wie flühen da die Berichterstatter und die Sonderberichterstatter und die Herren Redakteure selbst in der ganzen Stadt umher, um die amtlichen Mitteilungen noch durch spaltenlange Nichtigkeiten zu ergänzen. Das Geschäft erfordert, daß man sich wichtig macht, daß man sich allwissend stellt. O ja, die Sensationspresse weiß sich zu geben! Doch wenn zu tausend Femes- und Stahlhelmorden ein neuer hinzutritt, dann schweigt die Sensationspresse. Die Berichterstatter und die Sonderberichterstatter und die Herren Redakteure flühen nicht herum, um den dürftigen Volksehrwürdigen zu ergänzen. Aus dem Mord wird eine Schlägerei gemacht und der blöde Leser weiß damit genug. Und doch ist Mord in jedem Falle Mord. Ein Kindermord wiederholt sich nicht alle Tage und braucht die Öffentlichkeit weniger zu beschäftigen, als die gefährliche Mordpest der „waterländischen Verbände“, die täglich neue Opfer fordert. Wer ein sadistisches Ungeheuer unschädlich machen will, der muß erst recht in die Mordschulen der waterländischen Verbände hineinleuchten. Hier ist alles beisammen, was der Krieg an Blutdurst und tierischen Instinkten geweckt hat. Kein normaler Mensch kann sich hier wohl fühlen. Stroche sind sie allesamt, die nicht nach kurzer Mitgliedschaft den Kreis der Mörder wieder verlassen. Gar mancher, der hindurchgegangen ist, hat uns nachher seine Erlebnisse geschildert, die Kohheit der Sitten, die stilles Verwilderung, die Verachtung des Menschenlebens, denen er in jenem Kreise begegnete.

Man stelle sich nur vor, was es heißt, einen Revolver auf einen Menschen zu richten. Und Hunderte solcher Lumpen haben immer den geladenen Revolver bei sich, um ihn bei ihren Abenteuer zu gebrauchen. Welcher anständige Mensch rechnet überhaupt mit Zusammenstoßen mit anderen, wird er nicht vielmehr allem aus dem Wege gehen, was rechtschaffenen Leuten nicht geziemt?

Gegen die Mordpest gilt es anzukämpfen. Die Verachtung gegenüber dem nationalen Stolz muß allgemein werden. Kein Rechtschaffener darf mit ihnen etwas zu tun haben wollen. Eltern müssen ihre Kinder vor der Gesellschaft behüten. Selbst ein paar Ohren sind einem herangezogenen Kummel dienlicher, als wenn er später als Mörder ins Zuchthaus kommt. Wo Eltern allein nicht den nötigen Verstand haben, müssen andere sie darauf hinweisen. Mörderfahnen und Mörderabzeichen dürfen nirgends mehr geduldet werden. Hauptpflicht aber muß die Polizei ihre Schuldigkeit tun. Überall, wo die Gesellschaft sich zeigt, ob einzeln, ob in Horden, muß sie auf Waffenbesitz kontrolliert werden. Daneben ist zu prüfen, ob der Staat solche Mörderorganisationen überhaupt noch weiter dulden darf. Hoffentlich findet die Republik durch neue Wahlen die Kraft, sich vom politischen Verbrechertum im Innern gänzlich zu säubern.

Was ist nun richtig?

Wie man uns mitteilt, ist der Mörder des Genossen Doktor, der Stahlhelmbandit Magiera, polnischer Staatsangehöriger.

Seine Personalien weisen ihn als Refugenden aus. Nach seinen eigenen Angaben aber ist er Staatsbeamter.

Ist er nun das erste oder das letzte? Und ist er Staatsbeamter in Preußen, wie ist dies dann möglich, wenn er die polnische Staatsangehörigkeit besitzt, also Pole ist? Wir möchten darüber Antwort haben.

Der „Geist“ des Stahlhelms.

Ein Breslauer Genosse, der während des Krieges das „Nerugnen“ hatte, wegen Erregung von Mißgunstigen in bezug auf den Dienst eine mehronatige Strafe durch Einreihung in eine Militärgefangenen-Kompagnie zu verbüßen, schreibt uns aus Anlaß des neuen Stahlhelmordens folgendes: Während des Krieges befand ich mich einige Monate bei einer Militärgefangenen-Kompagnie in Schleswig-Holstein. Infolge schlechter Behandlung und ungenügender Kost erwichen fast täglich Gefangene. Der der Kompagnie vorstehende Hauptmann, ein altpreussischer Offiziersstyp, pflegte die Unteroffiziere bei der Parolenausgabe stets zu instruieren, sie sollten gegebenenfalls den deutschen Militärgefangenen gegenüber nur ruhig von der Schußwaffe Gebrauch machen, aber gleich sofort, daß sie ein Kerl, der austritt, gleich auf der Straße bleibe. Ferner gestattete der menschenfreundliche Hauptmann, dessen Name mir leider nicht mehr einmündlich ist, den Unteroffizieren auch mit dem Bajonett zu stechen, „aber richtig, wie sich gehört, nicht etwa bloß fügen.“ Hier haben wir also denselben „Geist“ vor uns, wie er im Stahlhelm lebt. Ein deutscher Hauptmann wünscht, daß deutsche Soldaten wie Hunde abgetraut werden! Ich gehe kaum sehr in der Annahme, daß auch in anderen deutschen Militärgefangenen-Kompagnien und Militärgefangenen berartige Befehle gegeben wurden.

Gegen diesen brutalen, rohen Mordgeist gilt es anzukämpfen! Schwarz-weiß-rot ist das Symbol dieses Geistes! Überall, wo diese Mörderfahne flattert, da ist er anzutreffen. Wir müssen diesen „Geist“ überwinden, koste es, was es wolle. Rotten wir diese Pest aus, das heißt: Lassen wir nicht nach, die schwarz-weiß-rote Fahnenkreuzpeste zu bekämpfen, wo wir nur ihrer fähig werden!

Die Ausbreitung des schlesischen Flugverkehrs

Ist in letzter Zeit durch die Neueinrichtung mehrerer Verbindungen und durch die Vorbereitung weiterer Projekte energisch in Angriff genommen worden. Die wichtigste der neuen Verbindungen ist wohl die direkte Linie Gleiwitz-Breslau-Halle-Köln mit Anschlüssen an die westeuropäischen Hauptstädte. Diese Linie wird ebenso wie die nach Berlin und die nach Dresden von der schlesischen Luftverkehrs-Gesellschaft geflogen, die bekanntlich jetzt an den deutschen Monopollongern „Lufthansa“ angeschlossen ist. Ebenso zukunftsreich wie die neue Hauptverbindung nach dem Westen dürfte die neuangelegte Linie Warschau-Breslau-Praha sein, deren Betrieb aber zunächst ausschließlich Sache einer französischen Gesellschaft ist, da eine deutsch-polnische Luftfahrtvereinbarung noch nicht zustande kam. Die Linie stellt den Anschluß von Warschau und Breslau an die Verbindung Prag-Paris dar, selbst aber vorläufig noch unter der auch im Auslande vorbereiteten Mitarbeit der technisch rüstungsfähigen französischen Flugzeuge. Nach der Herstellung geregelter Handelsbeziehungen zu Polen dürfte die Bedeutung dieser Strecke noch sehr zunehmen, und es ist zu hoffen, daß sie dank auch von deutschen Maschinen bedient wird. Schon heute ist der Wunsch ausgesprochen, daß dies ohne Preissteigerung eingeführt wird, die auf anderen Strecken leider durch die deutsch-Monopollongerschaft gegenüber der Konkurrenz der benachbarten Nachbarländer

Landaufenthalt für arme Breslauer Kinder.

Jeder, der in der praktischen Kinderfürsorge steht, kennt das Elend der Großstadtkinder. „Nehmet die Kinder!“ Dieser Hilferuf erklingt seit Jahren in allen deutschen Großstädten. Wie berechtigt er ist, beweisen die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen. Die statistischen Unterlagen ist leicht nachzusehen, daß die Kinder der Großstädte, mit Ausnahme einer begüterten Minderheit, als unterernährt zu bezeichnen sind. Es kommt hinzu, daß Breslau mit der Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit weit aus an der Spitze der deutschen Großstädte steht. Mehr denn je ist es notwendig, alle Kräfte zu sammeln, um das Kinderelend erfolgreich zu bekämpfen. Gesunde Menschen aufzuziehen und zu erhalten, ist wirtschaftlicher und für die Allgemeinheit weniger belastend, als Minderwertige zu betreuen. In Erkenntnis dieser Tatsache ist das städtische Jugendamt durch seine Abteilung III, die unter der bewährten Leitung des Oberstadtkommissars Schuberer steht, Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendwohlfahrt anzulegen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen.

So werden denn auch für die Erholung der Kinder erhebliche Summen aufgewendet. Eines der der geeignetsten Mittel zur Hebung der Gesundheit unserer Kinder ist nach der übereinstimmenden Ansicht hervorragender Aerzte der Landaufenthalt. Bekräftigt an Leib und Seele lehren die Kinder nach einem längeren Aufenthalt in das Elternhaus zurück. In diese Kinderhergen sind die ersten Sonnenstrahlen gefallen. Die vom Jugendamt getätigte Erholungsfürsorge ergreift alle Kinder bis zum 14. und in besonderen Fällen auch Jugendkinder bis zum 21. Lebensjahre. Grundsätzlich werden nur solche Kinder wirtschaftlich schwacher Eltern in Fürsorge genommen, bei denen die Schul- oder verpflichteten Aerzte die Notwendigkeit einer Erholung oder Kur festgestellt haben. Mit der Forderung der Ernährung der Großstadtkinder in den letzten Jahren konnte sich die Erholungsfürsorge mehr und mehr von der Massenunterbringung auf dem Lande losmachen, und sich der Einzelperson des hilfsbedürftigen Kindes zuwenden. Die Entwicklung auf dieser Linie hat es möglich gemacht, die Kinder heute je nach dem gesundheitlichen Befunde in ländlichen Einzelstellen, in städtischen Erholungshäusern, in Heilstätten verschiedener Art sowie See- und Gebirgshäusern unterzubringen. Auch das Ausland hat noch tätigen Anteil an der Erholungsfürsorge, wenn er auch nicht mehr im entferntesten an die Leistungen der Nachkriegszeit heranreicht. Daneben üben die Organisationen der privaten Wohlfahrtsfürsorge eine umfangreiche Erholungsfürsorge, die mit der des Jugendamtes Hand in Hand geht.

Im Jahre 1925 konnten verpflegt werden: in ländliche Pflegestellen (Einzelpersonen) 1815 Kinder, in städtische Landheime 1219 Kinder, in Heilstätten verschiedener Art 3258 Kinder, in See- und Gebirgshäusern 700 Kinder und in das Ausland 132 Kinder. Das macht zusammen 7124 Kinder. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren konnten, dürfte sich dieses Jahr das Verpflegen der Kinder in gleichem Umfang wie 1925 ermöglichen lassen.

Von den in den Heilstätten verschiedener Art aufgenommenen 3258 Kindern hatten die Organisationen der privaten Wohlfahrtsfürsorge 2383 Kinder verpflegt, für die aber das Jugendamt die Fahrpreisermäßigung erwirkt und alle gegen Unfall- und Haftpflicht versichert hat. Ein gewöhnlicher Erholungsaufenthalt dauert in der Regel 4 bis 6 Wochen. Die städtischen Landheime sind Sommer und Winter geöffnet. Das Jugendamt unterhält folgende Landheime:

- Eichgrund, Kreis Dels, mit einer Belegungsstärke von 25 Kindern,
- Freundenberg, Kreis Waldenburg, mit einer Belegungsstärke von 20 Kindern,
- Friedrichswalde, Kreis Lüben, mit einer Belegungsstärke von 60 Kindern,
- Niederlungendorf, Kreis Bolkow, mit einer Belegungsstärke von 35 Kindern,

durchgeführt wurde, nicht zum Vorteil der Ausbreitung des Flugverkehrs.

Von den weiteren Projekten, die Breslau und Schlesien in den internationalen Flugverkehr einschalten wollen, sei der Gedanke einer Verbindung Breslau-Budapest-Sofia erwähnt, für den sich die neugegründete deutsch-bulgarische Handelskammer unter Leitung des bulgarischen Generalkonsuls Halpaus bemüht. Gerade nach dem Südosten würde der Flugverkehr große Vorteile vor der Eisenbahn voraus haben, da er auf dem Wege von Breslau nach Sofia oder etwa gar noch weiter bis Saloniki 5 bis 6 Ländergrenzen überqueren könnte, die im Landerverkehr jedes Mal erhebliche Verkehrsstockungen bedeuten. Gerade um Schlesien haben sich die neuen Ländergrenzen im Osten und Südosten als Handelsbarrieren, die zum Teil zugleich Zollkriegsfronten sind, wie atemberaubende Schlingen für jeden Wirtschaftsaustausch gelegt. Jedes Mittel zur Überwindung dieser Hemmnisse muß daher vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus als wertvolle Hilfe für den deutschen Osten gelten und je moderner das Hilfsmittel ist, desto aussehender erscheint es. Die Einrichtungskosten für neue Luftverkehrsstrecken, besonders soweit diese wie im Fall Breslau-Sofia höhere Gebirge überfliegen müssen, belaufen sich freilich noch auf Millionenbeträge, dürfen sich aber schon in absehbarer Zeit auf bezahlbar machen. Werden sie nicht aufgebracht, so muß damit gerechnet werden, daß die Verbindung von Mitteleuropa nach dem Osten und Südosten andere Wege sucht und Prag als diejenige Linien an sich zieht, für die Breslau sich nicht mit genügender Energie interessiert.

Die Miete.

Der Magistrat schreibt:

Das Preussische Staatsministerium hat als gesetzliche Miete vom 1. Juli ab 100 vom Hundert der reinen Friedensmiete festgesetzt. Der Satz für laufende Instandsetzungsarbeiten ist darin mit 17 vom Hundert in Anschlag gebracht. Zu diesen 100 vom Hundert der reinen Friedensmiete tritt in Breslau noch die Umlage für den Gemeindehaushalt zur Steuer vom Grundvermögen, der seit dem 1. August 1915 erhoben wird, hinzu. Es wird empfohlen, der Einfachheit halber die umzuliegenden Beträge mit 4 vom Hundert der Friedensmiete abzugelten.

Hütet euch vor giftigen Bilgen!

Die Bilgzeit, die in diesem Jahre verhältnismäßig spät eingeleitet hat, dafür aber einen recht hohen Ertrag verspricht, gibt dem städtischen Gesundheitsamt Veranlassung, die Bevölkerung nachdrücklich auf die Gefahren beim Bilgammeln hinzuweisen und zur größten Vorsicht gegenüber allen Bilgforten zu ermahnen, die nicht unbedingt und einwandfrei als unschädlich bekannt sind. Einer der gefährlichsten Bilge in unserer Gegend ist der Knollenblätterpilz, der in verschiedenen Abarten vorkommt und sehr leicht mit dem gelben Täubling, auch Grünzeiger genannt, verwechselt wird, mit einem Bilge also, der selbst kleinen Kindern schadet und darum lieber auch nicht gesammelt werden sollte. Der Knollenblätterpilz tritt besonders zahlreich in der nächsten Umgebung der Stadt, im Gebelpark an der Kollentiergasse, auf. Man hütet sich vor ihm und pflückt dort keinen großen Wert besitzt und darum lieber auch nicht gesammelt werden sollte. Der Knollenblätterpilz tritt besonders zahlreich in der nächsten Umgebung der Stadt, im Gebelpark an der Kollentiergasse, auf. Man hütet sich vor ihm und pflückt dort keinen großen Wert besitzt und darum lieber auch nicht gesammelt werden sollte. Der Knollenblätterpilz tritt besonders zahlreich in der nächsten Umgebung der Stadt, im Gebelpark an der Kollentiergasse, auf. Man hütet sich vor ihm und pflückt dort keinen großen Wert besitzt und darum lieber auch nicht gesammelt werden sollte.

Hohenfriedberg, Kreis Bolkow, mit einer Belegungsstärke von 40 Kindern, Neundorf bei Greifenstein mit einer Belegungsstärke von 42 Kindern,

Stanowik mit einer Belegungsstärke von 20 Kindern. Ein weiteres Kinderlandheim wird voraussichtlich im Oktober dieses Jahres in Steinheffen bei Krummhübel fertiggestellt sein. Drei Gebäude, landschaftlich idyllisch gelegen, dicht unter der Schneelippe und gut geschützt gegen raue Winde, werden etwa 140 Kinder beherbergen können, und zwar das ganze Jahr über. Selbstverständlich ist hier auch für eine schöne Wald- und Wiesenfläche in Größe von 25 Morgen gesorgt; ein Teil dieser Fläche wird gärtnerisch behandelt in den Dienst der Erholungsfürsorge gestellt werden.

Durch diese großzügige Erholungsfürsorge nimmt das Jugendamt regen Anteil an der Hebung der gesundheitlichen Schäden, die die Kriegs- und Nachkriegszeit den Breslauer Kindern zugefügt hat.

Weiter können bei der Auswahl der zu verpflegenden Kinder angelehnt der heutigen großen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nur die allerdringendsten Notfälle berücksichtigt werden. Alljährlich müssen Tausende von armen, erholungsbedürftigen Kindern eine Zurückstellung erfahren, weil es beim besten Willen nicht geht, alle aus Land zu schicken. Auf jeden Fall ist es erfreulich, daß, wie schon erwähnt, dieses Jahr wenigstens die ungefähre gleiche Zahl Kinder wie 1925 verpflegt werden können.

Für die Kinder, die zurückbleiben müssen, ist auch dieses Jahr geplant, Wandergelagenheiten zu schaffen. Unter der Führung von Lehrern und anderen in der Jugendpflege erfahrenen Personen sollen sie Breslaus nächste Umgebung und das schlesische Gebirge kennen lernen. Der Sinn zum Wandern, die Liebe zur Heimat und Natur, werden dadurch geweckt. Gern erinnern sich die Kinder der kleinen Erlebnisse und noch lange bleiben die Fahrten als ein Ereignis in den Kinderherzen haften. Nicht selten werden als Nachquartiere die Jugendherbergen benutzt, die für das wandernde Jungvolk von besonderer Bedeutung sind. Nicht nur Schüler und Schülerinnen, sondern vor allem auch die Schulentlassenen finden in den Herbergen gegen Vorgebung des Jugendbergsauswärtigen und Entrichtung einer kleinen Gebühr eine gute Bleibe. Auch in Breslau ist vor Jahresfrist im Hofe des Jugendheimes eine kleine Jugendherberge errichtet worden, die seit ihrem Bestehen schon Tausenden Unterkunft gewährt hat.

Bereits seit Jahren sind im Rahmen der Schulkinderpflege auch Luftbäder errichtet worden, die eine bringende Notwendigkeit für die Großstadtkinder sind. Sie gewähren den Kindern Aufenthalt in frischer Luft und freie Bewegung des Körpers. Dazu kommt noch die heilsame Wirkung der Sonnenstrahlen. In Breslau ist vorgesehen in vier Luftbädern der verschiedenen Stadtteile schwächlichen Kindern einen willkommenen Aufenthalt zu bieten. Eine großzügige Anlage dieser Art wird in einigen Wochen auf dem neu erworbenen Grundstück Borber-Heide 3 eröffnet, das durch seine Lage inmitten der Ober für ein Luftbad besonders geeignet ist. Nachmals sei gesagt, das all das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, wenn man in Betracht zieht, wie erschütternd schlecht es um die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse der Breslauer Volksschulkinder bestellt ist. Das Kinderelend in vielen Breslauer Arbeiter- und Profetarierfamilien spottet tatsächlich jeder Beschreibung. Man muß geradezu staunen, wie es möglich ist, daß mancher arbeitlose Profetarier und Familienvater fünf bis sechs Kinder mit der wenigen Unterstützung überhaupt am Leben zu erhalten vermag. Das Jugendamt gewinnt hier oft geradezu grauenhafte Einblicke in trostlose Familienverhältnisse, unter denen die Kinder ja am allerelendesten leiden müssen. Freilich ist auch das Wohnungselend mit Schuld am Kinderelend. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn so mancher Familienvater seine ganze Familie aus Not und Verzweiflung umbringt.

Gebiete der Bilanzkunde zu vermehren, wie sich eine solche durch eine Bilanzführung des Humboldtvereins am kommenden Sonntag, den 4. Juli, bietet. Der bekannte Breslauer Bilanzkennner, Professor Dietrich, hat es freundlicherweise übernommen, die notwendigen Erläuterungen zu geben. Die Fahrt geht um 7.47 Uhr morgens vom Hauptbahnhof nach Nippert; sie ist jedermann gegen Zahlung einer Teilnehmerkarte zum Preise von 40 Pf. und einer Sonntagsfahrtkarte für 90 Pf. zugänglich. Treffpunkt ist Bahnhof Nippert, die Rückkehr nach Breslau erfolgt am zeitigen Nachmittag (an Breslau 120 Uhr). Die Führung findet auch bei ungünstigem Wetter statt. Die Erläuterung der gesammelten Bilze wird dann in einem geschlossenen Räume erfolgen. Teilnehmerkarten sind im Verkehrsabteil Barack, am Ring und in der Geschäftsstelle des Humboldtvereins, Sadowastrasse 47 I, zu haben.

Amtsgerichtsrat Josephsen vor dem Schwurgericht.

Ein altes Sprichwort sagt: Etwas bleibt immer hängen. Dieses Gefühl hatte wohl auch Herr Josephsen, denn er wurde am Mittwoch während der Vernehmung des Fräulein Hesse wiederholt recht nervös, und man bemerkte eigentlich nur die Langmut des Vorsitzenden, daß er ihn nicht schon lange in seine Schranken zurückgewiesen hätte, denn er steht ja hier als Angeklagter wegen Anstiftung zu einem Verbrechen und nicht als vernehmender Richter. Es läßt sich aber nicht vermeiden, daß er gegen das Mädchen, das doch nun einmal durch die Tat zum Krüppel wurde und mit dem er doch so manche angenehme Stunde verbracht hat, nun plötzlich mit den schärfsten Waffen vorgeht. Denn wenn er, der gebildete Jurist, dem Mädchen geschickte Fragen stellt, und er ihr dann zuruft, er brauche die Aussage zum Nachweise eines Meineids, so ist wohl das alles andere als anständig. Die Vernehmung des Fräulein Hesse nahm den ganzen Mittwoch in Anspruch. Von allen Seiten wurde sie in die Enge getrieben, und da sie immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß sie verurteilt werden könne, hatte man das Gefühl, daß sie tatsächlich mit ihren Aussagen sehr vorsichtig war. Da sie aber trotzdem so bestimmte und sichere Angaben machte, kann man eigentlich darüber gar nicht im Zweifel sein, weshalb man ihren Angaben nicht glauben sollte. Der fluge Jurist behandelt ihre Angaben natürlich ganz anders. Er fragte: „Haben Sie das persönlich?“ und kam auf die Zeugin dies vernahm. Sie sagt, daß sie angestrichelt habe, daß er, als Amtsgerichtsrat, sowohl kein Gewerkschaftler, sondern als auch keine Schanden begehren würde. Fräulein Hesse schätzte Josephsen als eine Person, der nicht nur von ihrer Gewerkschaft den weitgehendsten Gebrauch machte, sondern der auch gelegentliche Einläufe von ihr begehren ließ. In der Inflationszeit, wo alles inflationierte, hat natürlich auch das Geld inflationiert, und wie sie bemerkte, auch Josephsen, und zwar mit ihrem Gelde. Dieses bezieht der Angeklagte wiederum in sein aufgesetztes Weite. Sie selbst war vom 1. März 1923 bis Dezember 1923 in Amerika, um wo sie 135 Dollar mitnahm. Sie hat dort eine sehr gute Stellung und auch einige Freunde gehabt, wobei sie recht viel Geld verdient hatte. Im Laufe der Jahre 1924 kam es zwischen den beiden zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, da die Hesse darauf bestand, daß sie doch einverstanden wäre, daß sie vor ihrer Abreise nach Amerika 100000 Mark an ihr Wohnungseigentum veräußert, und das sie auch in Amerika gegeben hätte. Schließlich war es ihr gelungen, in

mit Josephen einen Vergleich zu schließen, nach dem er eine bestimmte Summe ausgerichtet werden sollte. Vergleich war es aber auf die Erfüllung des Vergleichs und schließlich machte sie einen Prozeß gegen ihn anhängig. Das hatte Josephen ganz erheblich aufgeregt, zumal ihm auch von seiner vorerwähnten Bekannte gesagt worden war, er möge die Angelegenheit mit Gräfin Hesse in Ordnung bringen. Gräfin Hesse erklärte nun, wie sich Josephen bemüht habe, zuerst im Garten und dann durch Drohungen und körperliche Mißhandlungen seinen Einfluß dahin auszuüben, daß sie den Strafantrag zurücknehme. In Furcht und Angst und nachdem er sie blutig geschlagen hatte, hat sie dann auch das Schriftstück geschrieben. Er hatte auch einmal zu ihr gesagt: „Du, ich brauche der Robelod nur einen Mund zu geben, da bringst du dich um.“ Der Angeklagte erklärt darauf, daß das „aus dem Muth der Lügen die niederträchtigste sei“. Nun kam die Gericht die fortgesetzten herablassenden Bemerkungen des Angeklagten doch nicht mehr mit anhören, und es verurteilte ihn wegen Ungebühr vor Gericht zu einer Ordnungstrafe von 30 Mark oder drei Tagen Haft. Die Nebenklägerin schildert dann noch eingehend die Vorgänge am Tage der Tat und erklärt, daß sie das Gefühl hatte, daß die Robelod die Absicht hatte, sie zu ermorden. Die Verletzungen, die sie durch die Tat erlitten hat, sind insofern für sie erhebliche, da sie den Beruf einer Wadame nicht mehr ausüben kann, weil sie in der rechten Hand eine Muskelatrophie zurückgeblieben hat, durch die sie nach dem Gutachten des Arztes 20 bis 25 Prozent erwerbsfähig bleibt. Damit dürfte wohl im wesentlichen die Vernehmung der Hesse beendet sein, jedoch der heutige Tag die Sensation des Prozesses bringen dürfte, die Vernehmung der geisteskranken Robelod.

Ein seltenes Jubiläum.

Am 1. Juli begeht der bisherige Strafsanktionsdirektor von Moabit, Hülsberg, sein 25 jähriges Dienstjubiläum. Das Amt des Kerkermeisters ist wenig dazu angetan, bei denen, die seine unfreiwilligen Schutzbesohlenen werden, sympathische Erinnerungen wachzurufen. Hier haben wir den seltenen Fall, in dem ein gültiger Mensch die Härten seines Amtes so milderte, und sich der unglücklichen Opfer sozialer Verhältnisse mit so viel Verständnis annahm, daß sie in ihm nicht den Bedrücker sahen, sondern den Freund im Unglück verehrten. Kein Wunder, wenn der anschließende Berg dankbarer Briefe, die aus der Tiefe zu ihm kamen, ihm heute höhere Segnungen sind, als alle Anerkennung vorgelegter Behörden. Hülsberg kam aus der pädagogischen Welt in das Amt des Strafsanktionsdirektors. Der Reformator des modernen Strafvollzugs, Geheimrat Krohne, hatte ihn dafür gewonnen und seine erste Aufgabe war die Leitung von Gefängnissen Jugendlicher in Wabern und Wohlau. Gefangene von 12 bis 18 Jahren, Kinder also, waren es, die seiner Obhut übergeben wurden, aber wenn der Verlust dieser Unglücklichen aus den Einzelzellen in nächtlicher Stille durch das Gefängnis schrie, dann ist ihnen Hülsberg nicht Strafvollzieher, sondern Vater gewesen, der zu mildern und zu heilen suchte, was brutale Richterstriche und verständnislose Gefeggebung an Wunden verschämert hatten. Die menschenfreundliche und hohe Aufassung, die der Jubilar auch den Verworfensten gegenüber für sein Amt und seine Pflicht mitbrachte, gibt uns Veranlassung, seiner am Jubiläumstage in Achtung zu gedenken.

Ein seltener Zufall fügte es, daß während seiner späteren Moabiter Tätigkeit und in den Jahren der staatlichen Umwälzung auch die politischen „Verbrecher“ in Hülsbergs Anhalt unfreiwillige Unterkunft fanden. Und der Jubilar wird sich heute daran erinnern, wie er Karl Liebknecht, Rabe, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Levi und Ledebour in Moabit „betreute“. Ebenso wie ihm 20 Jahre früher als Direktor des Gefängnisses in Wohlau ein Jahr lang der Strafvollzug gegen den jetzigen Reichspräsidenten Löhe zufiel. In allen diesen Fällen hat sich seine oben gerühmte Charaktereigenschaft in gleicher Weise gezeigt. Wir können nur wünschen, daß überall in deutschen Landen ähnlich begabte Männer mit der schwierigen Aufgabe des Strafvollzugs betraut wären.

Farbiger Hausanstrich.

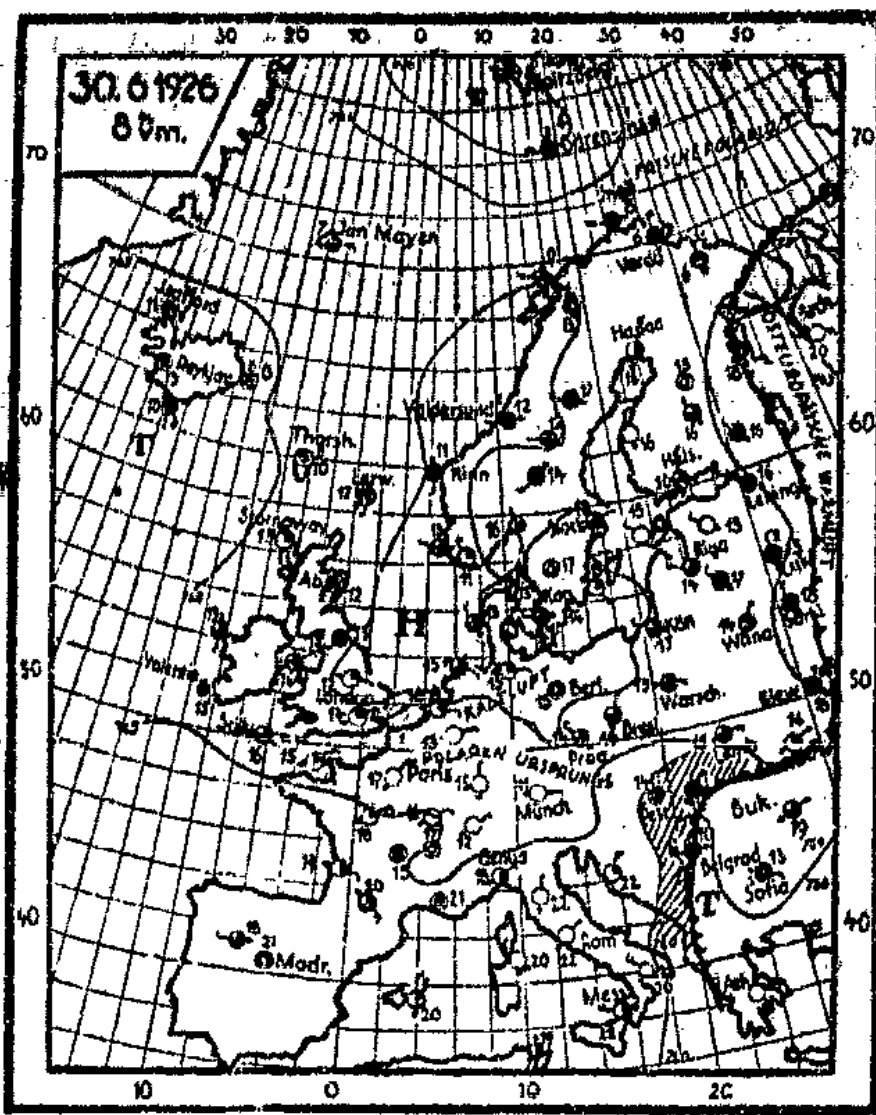
Der Wunsch, das Stadtbild farbiger zu gestalten und mit der Farbenreueigkeit eine geistreiche Lebensfreude zum Ausdruck zu bringen, ist so allgemein geworden, daß man mit Recht von einer „Farbenbewegung“ sprechen kann. Vor vier bis fünf Jahren in Magdeburg durch Laut mit starker Betonung eingeleitet, sind heute ihre Auswirkungen bereits im kleinsten Dorfe wahrzunehmen. Die Bewegung in richtige Bahnen zu lenken, ist nicht nur eine künstlerische, sondern weit mehr noch eine wertvolle Aufgabe. Nur solche Farben dürfen verwendet werden, die sich als weites und lichtbeständig erweisen haben. Weiter gilt es, die Häuser nicht willkürlich ohne Rücksicht auf die Nachbarn und die Umgebung farblich zu streichen, sie vielmehr streifenweise zu einer gewissen harmonischen Einheit zusammenzufassen, um nicht das Durcheinander der Hausansichten zu vergrößern, das man in den letzten Jahren mit Recht als störend und geschmacklos empfunden hat.

Der Verein „Die farbige Stadt“ hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, die genannten Fragen auf breiterer Grundlage einer Klärung entgegenzuführen, indem er sich zur Mitarbeit an die Organisationen der Hausbesitzer und Malermeister, als die in erster Linie beteiligten Kreise, wandte.

Die Ausführung aller Veränderungen an der Straßenfront von Gebäuden bedarf nach § 1 Nummer 7 der jetzt geltenden Bauordnung vom 19. Mai 1908 der vorherigen baupolizeilichen Genehmigung. Hierzu gehört auch die Veränderung des Anstrichs. Artikel 4 § 1 Nummer 4 des Wohnungsgesetzes vom 22. März 1924 gestattet ferner, den Anstrich durch baupolizeiliche Bestimmungen zu regeln. Hiervon ist in Breslau durch die Polizeiverordnung vom 24. März 1924 Gebrauch gemacht worden, die auf Grund der gewonnenen Erfahrungen durch die Neufassung vom 30. Januar 1926 ersetzt worden ist. Die Polizeiverordnung enthält folgende Vorschriften: „In Zweifelsfällen oder vor Abweisung eines Beschlusses hat die Genehmigung über die Anwesenheit nachstehender Bestimmungen erst nach Anhörung eines Sachverständigen zu erfolgen. Als solcher wird von der Bauverwaltung ein Sachverständiger ernannt, der vom Sachlichen Rat für Hausanstrich begründet werden ist und sich zusammensetzt aus Vertretern des Magistrats, der Bauverwaltung, des Sachverständigenrates, des Nachbarnrates, der alten Hausbesitzerorganisation, der neuen Hausbesitzerorganisation, der Mieterunion, der Kunstgehilfen an der Universität, der Tischlerkammer, der Farbenherstellung und des Vereins „Farbige Stadt“.“

Das Zusammenwirken dieser Kreise bietet die Gewähr dafür, daß jede Einzelmeinung vernommen wird. Wenn auch letzter Einzelfall der Bauverwaltung gezeigelt dazu berufen ist, die Entscheidung zu fällen, so legt sie doch größtes Wert darauf, ohne Zwangsmaßnahmen das erstrebte Ziel zu erreichen. Das Genehmigungsverfahren ist denkbar einfach gestaltet. Der Hausbesitzer, der seine Hausansicht neu kreieren lassen will, hat nur einen bei der Bauverwaltung einzureichenden Bescheid anzufüllen, den er bei im Dienstverhältnis der Bauverwaltung befindlichen Verwaltungsstelle des Sachverständigen zu übergeben hat. Dieser überträgt die Bescheid an die Bauverwaltung, so wird die Genehmigung ebenfalls von der Bauverwaltung erteilt. Man wird gegeben nach dem dieser Bescheid gegeben ist, die Genehmigung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es sei daher der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß künftig keine Wünsche von Hausbesitzern ohne entsprechende Genehmigung ausgeführt werden. Dies liegt nicht nur im Interesse der Bauverwaltung, sondern auch und nicht wenig im Interesse der Hausbesitzer, um der Maler-Regulierung zu verhüten.

• **Rechtliche Angelegenheiten.** Die für den kommenden Sonntag angedachte große Generalversammlung ist nicht nur den Mitgliedern, sondern auch für den internationalen Arbeiterkongress von großer Bedeutung, weil es das wichtigste Verbandsorgan ist, das die letzten Vertreter aller großen Arbeiterparteien gegen die hier herrschenden imperialistischen Tendenzen, Marxismus, Sozialismus und Bolschewismus und vor allem gegen die neue Richtung, die aus ihnen hervorgeht, internationalen Kampf führt.



Zeichenerklärung: O wolklos, O^h bewölkt, O^h bedeckt, O^h bewölkt, O^h ganz bedeckt, Regen, Schneeflocken, A Graupel, A Hagel, T Gewitter, OO Dunst, NB Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Uhrzeigersinn; die Befestigung der Windstärke an Windpfeilen: Die Zahlen geben die Temperaturen in C°. Beispiel: 15° wolklos, leichter Ostwind, 15° bedeckt, Gewitter, mäßiger Südwestwind, 15°. E. A. ganz bedeckt, Schnee, starker Nordwestwind, — A°. Schichtwetter über dem Meeresspiegel, niedriger Luftdruck, zusammenhängendes anhaltend niederschlagsreiches, niederschlagsreiches, Nebelgebiet. Warmfront (aufsteigend), Kaltfront (Einbruchlinie), Divergenzlinie. Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole aber mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch losere Felder gekennzeichnet. Die Orte mit gleichem Meeresspiegel, niedriger Luftdruck, sind durch feine ausgezogene Linien verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm-Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Nummerierung der Zyklogen dienen große offene alphanumerische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Brietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Die Störung, die gestern Schlesien erreichte, hat im Gebirge erhebliche Niederschläge gebracht. So melden Landesh. 39 Liter und die Schneehöhe 41 Liter pro Quadratkilometer. Mit der weiteren Westwärtsbewegung der kräftigen Störung kommen wir in das Gebiet einer wärmeren östlichen Strömung. In ihr wird es in den nächsten 36 Stunden bei wolkeigem Wetter noch zu vereinzelten gemitterartigen Schauern kommen. Aussichten: bei wolkeigem, teilweise aufheiterndem Wetter noch vereinzelte Gewitterschauer, wärmer. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei starken nach Osten drehenden Winden neblig-wolkeiges Wetter, Nachlassen der Niederschläge.

stehen können. Jedenfalls wird es den Franzosen sehr schwer gemacht werden, den stolzen Titel des Siegers im „Großen Preis von Europa“ mit nach Paris zu fahren. Die drei deutschen Teilnehmer sind der Breslauer Ernst Feja, der Berliner Karl Wittig und der erst 21jährige Straßenmeister Erich Möller aus Hannover, der am Beginn einer glänzenden Laufbahn steht. Jedenfalls ist die Bezeichnung eine vollkommen ausgeglichene. Alle sechs Teilnehmer sind befähigt, die 100 Kilometer gut durchzustehen, und es wird bei einem einwandfreien Verlauf des Rennens zu äußerst scharfen und spannenden Positionskämpfen kommen.

• Für die Sonntag-Nachmittag-Vorstellung im Schauspielhaus sind noch Vorzugskarten, 1. Rang und Parterre, im Gewerkschaftshaus, 2. Stock, Zimmer 36, zu haben. Zur Aufführung gelangt „Midi“.

• Silberhochzeit feiert heute der Genosse Reinhold Anders, Steinauer Straße 7, mit seiner Frau. Die „Hoffswacht“ ist von jeher in der Familie lässlicher Gast, und natürlich ist Anders ebenso ein alter Gewerkschaftler wie Parteigenosse. Wir wünschen dem Jubelpaar viel Glück.

• Seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feiert heute der Genosse Josef Rieder, Köpplowitzstraße 67. Er ist einer, der durch Jahrzehnte treu gehalten hat, unsere Bewegung zu fördern. Hoffentlich ist es ihm vergönnt, auch noch bessere Zeiten in der Republik zu erleben.

Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportklub zu Wien. Die Bundesleitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes teilt uns folgendes mit: Die deutschen Wettkämpfer werden gebeten, bei den Wettbewerben eine grün-weiße Sportbekleidung zu tragen, damit sie als Reichsdeutsche zu erkennen sind. Die Bedingungen werden in der nächsten Nummer des „Arbeiter-Sport“ veröffentlicht. Der Vorsitz der deutschen Athleten Donnerstag, nachmittags 3 Uhr. Alle Wettkämpfer haben daran teilzunehmen.

Ballspielveranstaltungen am 2. Juli, abends 8 Uhr. Die Ballspielveranstaltungen finden tomorrow Abend im Rahmen der Arbeiter-Turn- und Sportklub zu Wien. Siehe alle Einzelheiten.

Die Generalprobe für die 5. Männer-Abteilung, sowie die Männer- und Frauen-Gymnastik, jede Abteilung 2 bis 3 Teilnehmer, im Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr. Treffpunkt am Arbeiter-Turn- und Sportklub.

Die Damen der Arbeiter-Turn- und Sportklub, Fußball, Schach, Tischtennis und Stenogramm, treffen sich mit ihren Obmannen Leinert, Köpplowitz, Götter, in und Knechtelauer Sonnabend um 5.30 Uhr am Gabelhofen für Regierungsverhandlungen.

Sämtliche Turner und Turnerinnen erscheinen in Turnkleidung, alles weiß, und abteilungsweise am Sonnabend mit den Eintrittskarten um 7.30-7.45 Uhr zwischen Kaseladebafen und Obmannschaft zum Belegen der Samstags. Um 8 Uhr Abfahrt. Alle Mitwirkenden treffen sich um 8 Uhr an der Kasse der Arbeiter-Turn- und Sportklub, wenn dazu aufgefordert wird.

Sämtliche Badler sind um 8 1/2 Uhr abfahrtsbereit im Kaselhofen Kaselhofen mit Badel.

Nach dem Regierungsverhandlungen treffen sich sämtliche Sportler an der Kasse der Arbeiter-Turn- und Sportklub, zum Abtransport der Wettbewerber.

• **Rechtliche Angelegenheiten.** Die für den kommenden Sonntag angedachte große Generalversammlung ist nicht nur den Mitgliedern, sondern auch für den internationalen Arbeiterkongress von großer Bedeutung, weil es das wichtigste Verbandsorgan ist, das die letzten Vertreter aller großen Arbeiterparteien gegen die hier herrschenden imperialistischen Tendenzen, Marxismus, Sozialismus und Bolschewismus und vor allem gegen die neue Richtung, die aus ihnen hervorgeht, internationalen Kampf führt.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Direkt 1. Freitag, abends 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre im Lager 17 des „Vorwärts“.

Direkt 2. Sämtliche Kassierer erscheinen heute Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Comert, Brühlentbal 16, zu einer dringenden Besprechung.

Direkt 3. Heute Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 3/8 Uhr, wichtige Funktionärerversammlung bei Mes, Neuborsstraße 90.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Ortsverein. Ein kleines Häuflein aufrechter Republikaner, die in der Ortsgruppe Frankenberg (Warta-Brandenburg) vereinigt sind, begehrt Sonntag, den 4. Juli, seine Bannerweihe verbunden mit einem Kreisessen. Wir wissen, daß infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Kameraden eine grobe Beteiligung von Breslau nicht in Frage kommt, bitten aber diejenigen unserer Kameraden, denen es die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, am Sonntag ihre Fahrtscheine nach Frankenberg zu nehmen, um die dortigen Kameraden zu unterstützen. Die Kameraden besitzen den Zug ab Breslau Ostbf. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 6.02 Uhr. Treffpunkt 5.45 Uhr Hauptbf. Meldung bei Kameraden Alexander.

Freiwillige Kameraden. Am Sonntag, den 4. d. Mts., veranstaltet die Ortsgruppe 3. m. v. e. l. ihr Stiftungsfest. Die Kameraden, die sich an demselben beteiligen wollen, stehen um 1.45 Uhr marschbereit am Gabelhofen auf.

Sänger 11 (Neuer). Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, Zug- und Gruppenführerbesprechung, Mehlstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend. Chor. Heute abends 8 Uhr findet unser Übungsabend im Heil. Geist-Gymnasium statt. Wer heute nicht da ist, kann nicht mit nach Striegau fahren.

Geschäftliches. Sein 40jähriges Geschäftsjubiläum begeht am 1. Juli Herr Brauereibesitzer Ernst Vogel, Reuschstraße 28, in voller Rüstigkeit. Herr Vogel hat sich im Jahre 1886 durch die Bäckerei der „Brauerei zum großen Meerfisch“ in die Breslauer Kreisbier-Bräuerei eingeworben. Sein rühmlicher Fleiß setzte ihn in den Stand, daß er am 1. Juli 1898 die Brauerei erwerben konnte. Heute ist die Brauerei weit über Breslau hinaus bekannt. Das in ihr gebaute Bier erlangt sich allseitiger Beliebtheit. Im Mai 1899 wurde Herr Vogel Brauereibesitzer und Deputydirektor der Malzbäuer der Breslauer Kreisbier-Bräuerei; die Kreisbier-Bräuerei wählte ihn im Jahre 1897 zu ihrem Obermeister. Dieses Amt bekleidete er bis zum Jahre 1921. Die Achtung, die Herr Vogel als Breslauer Bürger genos, trat auch dadurch in Erscheinung, daß er mehrere städtische Ehrenämter inne hat. Im Jahre 1921 übergab Herr Vogel den Betrieb seinem Sohne Erich, der das Unternehmen im Sinne des Jubilars weiterführt. Wir wünschen Herrn Vogel einen recht gesegneten, ungetrübbten Lebensabend.

Bereinskalender.

Deutscher Textilarbeiter-Verein, Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, im Zimmer 71 des Gewerkschaftshaus, Branchenerversammlung für alle in den Stickerzweigen Beschäftigten.

Wasserstand

1. Juli.

Kattow.	2.54	Dobersdorf	4.48
Messe (Stadt) v. 30. 6.	+0.22	Aufführungse (Schubisch)	558 cm
Neßmünde (Unter-Regel)	2.84	Treßden	2.78
Kamien (Unter-Regel)	5.32	Bückeburg v. 30. 6.	3.48
Brieg (Mastkanal)	3.92	Wasserwärme: +15.9°	

Fahrt bis 8. Juli beim Kreisfahrer eingezählt sein muß. Jeder beachte die Bekanntmachung betr. des Sonderzuges in der Dienstag-Sportbeilage, besonders darüber, ob einfache Fahrt oder Hin- und Rückfahrt in Frage kommt. Da sich die Teilnehmerzahl an der Fahrt nach Görlitz stark erhöht hat, aber niemand zurückgewiesen werden soll, erlauben sich für jeden Teilnehmer die Anfahrten. Es haben zum Fahrgehalt hinauszuzahlen Erwachsene 2.50 Mark, Jugendliche 1.50 Mark, Erwerbslose haben freie Fahrt. Fahrtbeitrag für Erwachsene 2.00 Mark, Jugendliche 1.00 Mark.

Fußballpartei. Sämtliche Vorverkaufsstellen der Hoff und des Arbeiter-Turn- und Sportklub sind bis Freitag, den 2. Juli, beim Kassierer abzuschließen.

Arbeiter-Radsportverein Breslau. Mitglieder der 1. Abteilung! Die Abteilungsverammlung findet heute abend, den 1. Juli, statt.

Freie Kammerversammlung. Freitag, den 2. Juli, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Sportverein „1897“. Am Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, bei Klante, Dackstraße 7, Monatsversammlung.

Rätsel-Ged.

Einrätsel. Aus den Silben: a — a — an — ce — Ham — Hor — et — bef — del — di — die — e — ei — fe — fus — go — graf — held — hemb — her — in — in — las — kel — le — me — ment — mes — na — ne — ne — now — num — pag — pe — ran — reg — ru — se — sen — son — ter — ton — u — un — ve

Sind 19 Worte zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben, beide von oben nach unten gelesen, einen berühmten Komponisten und den Titel eines seiner Werke nennen. Zerlegung der Worte: 1. Amerikanischer Staat, 2. Bergwerksort, 3. Kirchliches Kleidungsstück, 4. Gestalt über griechischen Mythologie, 5. politischer Übergangszustand im Mittelalter, 6. Ordnungsträger, 7. Farbstoff, 8. Verhüllungsgegenstand, 9. weiblicher Vornamen, 10. Sinnbild, 11. Seditöler Kurort, 12. Schmuckstück, 13. Metall, 14. Wundungsarm der Ober, 15. fruchtbares Weingebiet, 16. christliche Gottheit, 17. Schandstück der elektrischen Anlagenanlage, 18. Sinnesorgan, 19. männlicher Vornamen.

Ein Rätsel. Im fernem Land im Nebel der Sage — Das Boll mit „L“ zu finden war. Bei ihm erlangt der Griechen Staat, Der Kriegerin, vor Dionysos Altar. Mit „S“ — welche gräßliche Dradenwesen! Sie kriechen, sie fliegen, sie schweben und sein und schweben, als wären sie nie gewesen! Sein Menschenaug hat sie lebend gesehen.

Aus dem Dichter. Hat der Bauer Geld, So hat's die Welt.

Bekanntmachung. Die Arbeiter-Turn- und Sportklub zu Breslau hat am Sonntag, den 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr, eine wichtige Funktionärerversammlung im Lager 17 des „Vorwärts“.

Vor dem Verderben

durch Schimmel und Märgung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren. — 1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe für 7 Pfg. genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchs-Anweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie kostenlos in den einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie ebendasselbe die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, portofrei von:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Aus Schlefien.

Steuererleichterungen für hochwasserschädigte Landwirte.

Der Antritte Preussische Pressedienst meldet: Anlässlich der katastrophalen Ueberschwemmungen im Elbe- und Odergebiet, die besonders der Landwirtschaft ganz erheblichen Schaden zugefügt haben, hat der Preussische Finanzminister den zuständigen Stellen die bestehenden allgemeinen Anordnungen über Steuererleichterungen in Erinnerung gebracht, damit die wirtschaftliche Not der von der Ueberschwemmung Betroffenen auch steuerlich berücksichtigt wird. Die preussischen Katasterämter sind angewiesen, zunächst durch Stundung und Niederschlagung der am 15. August 1926 fälligen Wertsteuern der Grundvermögenssteuer zu helfen und im Benehmen mit den Gemeinde- und Gutsbesitzern von Amts wegen diejenigen Steuerpflichtigen festzustellen, die nach Abschabe ihres Schadens für die Stundung und Niederschlagung in Betracht kommen. Inwieweit hierüber hinaus Steuererleichterungen erforderlich sind, kann erst später festgestellt werden, wenn der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden sich übersehen lässt.

Große Erregung unter den ober-schlesischen Flüchtlingen.

Die Tätigkeit des Reichsentschädigungsamtes Oppeln. Wie sich aus den allmählichen Feststellungen des Reichsentschädigungsamtes ergibt, sind an die ober-schlesischen Flüchtlinge bisher im ganzen 13 bis 14 Millionen ausgezahlt worden. Diese Entschädigungen betreffen den Härtefonds, die Nachentschädigung und die bisherigen Kreditvorauszahlungen. Da diese Summe nur etwa 2 Prozent der an die Kriegsschädigten gezahlten Unterzahlungen beträgt, hat sich der ober-schlesischen Flüchtlinge eine große Erregung bemächtigt. Auf Grund der Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Vereins heimattreuer Ober-schlesier ist in Randzin eine Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlinge und Verdrängten gebildet worden, der sich zahlreiche Flüchtlinge und Ortsgruppen des Vereins heimattreuer Ober-schlesier angeschlossen haben. Verschiedene Reichs- und Landtags-abgeordnete werden die mangelhafte Entschädigung der ober-schlesischen Flüchtlinge zum Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung machen. Inwieweit diese Untersuchung dem Reichsentschädigungsamt in Oppeln einen unverhältnismäßig großen Teil der ihm zur Verfügung gestellten Summen verfallen hat, ob tatsächlich über 100 Millionen vom Reichsamt an Ober-schlesien zugewendet wurden, von denen nur ein geringer Teil in die Hände der Flüchtlinge gelangt ist, wird die Untersuchung ergeben.

Guhrau. Die Hochwasserschäden lassen sich bisher nur ungenügend übersehen.

1000 Morgen der Domäne Herrnsdorf sind mit Wasser oder Schlamm bedeckt. Eine sehr große Zahl kleiner Besitztümer ist gleichfalls schwer geschädigt worden. Die Feuerernte ist gänzlich vernichtet, die Kartoffel- und Rübenenernte ist in Frage gestellt, und ebenso die Getreidernte. Die letzte Hochwasserwelle kam wahr-scheinlich infolge eines Dammbrechens bei Tradenberg so rasend an, daß ein Herrnsdorfer Ackerbürger von seinem Felde, das er eine halbe Stunde vorher noch trockenen Fußes betreten hatte, mit dem Kahn gerettet werden mußte. Ebenso konnten die Pferde, die sich auf der Koppel neben der Domäne befanden, nur mit Mühe aus dem rasend herankommenden Wasser gerettet werden.

Hogerswerda. Den Kopf abgequetscht.

Der 24jährige Klappenmacher Kluge war damit beschäftigt, tief in der Grube „Grise“ einen Plattenwagen an die elektrische Lokomotive zu kuppeln. Er kam dabei mit dem Kopf zwischen die über dem Plattenwagen hinausgehenden Baggerseile und die Lokomotive, wobei ihm der Kopf abgequetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hogerswerda. Durch Elektrizität getötet.

Auf dem Kohlenverladeplatz der Eintracht-Werke in Wetzow ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein elektrischer Verladeapparat für Kohle wurde durch vier Arbeiter weiter transportiert. Sie gerieten mit dem Wagen an das unter 500 Volt Spannung stehende Leitungstabel. Der Arbeiter Bittner besaß noch die Selbstgegenwart, die Leitung auszuschalten. Für die Arbeiter Twarz und Henjke war schnellstens sachgemäße Hilfeleistung zur Stelle. Während Wiederbelebungsvorläufe mit dem Draegerischen Puffometer bei Twarz Erfolg hatten, waren sie bei Henjke ohne Erfolg; er starb am Nachmittag.

Schönberg. Ein Nachtwächter in den Straßen-graben geworfen.

Auf der Dorfstraße im benachbarten Nieder-Salbenhof wurde der Nachtwächter Gremis von mehreren jungen Burschen, als er sie zur Ruhe ermahnte, angefallen und in den Straßen-graben geworfen. Die Namen der nachtsüchtigen Knechtstörzer wurden durch den hiesigen Oberlandjäger festgestellt.

Rothenburg. Grobfeuer.

Das Bestium des Herrn Walter in Alldehntz brannte vollständig nieder. Trotzdem acht Feuerwehren zur Stelle waren, konnte an die Erhaltung der Gebäude nicht gedacht werden, da großer Wassermangel (trotz der vielen Niederschläge) herrschte. Verbrannt ist die gesamte Ausstattung der Tochter, die am Sonntag Heirat wollte.

Görlitz. Aus dem vierten Stock des Gefängnisses gestürzt.

Der Fleischer Milot, der wegen Rückfalldiebstahls 2 1/2 Jahre Gefängnis erhalten hatte und im Sitzungssaal des Schöffengerichts zwei Schüsse abgegeben hatte, und um ein Haar den am Prozeß ganz unbeteiligten Rechtsanwalt Girtle getroffen hätte, hat sich bei seinem Abtransport aus dem vierten Stock des Gefängnisses auf die Steinplatte des Hofes herabgestürzt. Er war sofort tot und hat auf diese Weise eine zu erwartende noch größere Zuchthausstrafe mit dem Ende seines Lebens vorgezogen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Oswig. Protestversammlung. Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Volkshalle in Oswig eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen aller Stände gegen das standeslose Benehmen der hantelkreuzerlichen Mordduben statt. Massenbesuch wird erwartet. Redner: Genosse Schiffer.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Ergebnis der Elternbeiratswahl am 27. Juni.

Es wurden abgegeben insgesamt 151 Stimmen. Davon entfallen auf Wahlvorschlag 1 (christlich-unpolitisch) 100 Stimmen = 5 Sitze, auf Wahlvorschlag 2 (Liste Fenzler-Schröder) 51 Stimmen = 3 Sitze. Es sind von unserer Liste somit gewählt die Genossen: Wilhelm Fenzler, Nimptsch, Paul Schröder, Nimptsch, Emil Werner, Nimptsch.

Wahlbetrachtungen.

Zahlen sagen bekanntlich alles. Von circa 600 Wahlberechtigten 151 Wähler. Das zeugt von einer Interesselosigkeit, wie sie größer nicht sein kann. Es dürfte der größte Prozentsatz der ferngebliebenen Arbeiterkern sein, die die Bedeutung dieser Wahl noch nicht erkannt haben oder zu bequem waren, sich der Mühe einer Wahlhandlung zu unterziehen. Gerade das letztere dürfte wohl im weitgehendsten Maße der Fall sein und ist dies eine schwere Enttäuschung für die Genossen, die ihre Feiernstunden im Dienst der Sache geopfert haben. Aber trotzdem können wir einen Erfolg für uns suchen. Die Herren hatten schon so schön sämtliche Sitze in der Tasche und da mußten ihnen die verdammt roten noch Späne machen. Wie unruhig die Rechte wurde, beweist die Sonntagsnummer des „Landsmann“, in der nochmals aufgefordert wurde, ja die Liste 1

zu wählen, da darin die Vertreter aller Parteien enthalten wären, was wir ganz ergebenst zu befehlen uns gestatten. Wo war ein Angehöriger der SPD, aufgeheißt? — Außerdem wurde noch schnell der Brief einer „unpolitischen“ Mutter hincinlangiert. So etwas wirkt bekanntlich immer rührend. Ein Satz von dem ganzen nichtsagenden Geschwafel verdient festgehalten zu werden: „Die Sozialdemokraten fanden es für nötig, eine zweite Liste aufzustellen, wohl, weil ihnen das „Christlich-Unpolitische“ nicht behagte.“ Sie haben recht, verehrte Dame! Derartig unpolitische Vertreter wie ein Herr Kugler, eine Frau Amisgerischer Dierich, behagen uns schon lange nicht. Die Arbeiterkern vertrauen das Wohl ihrer Kinder an deren Leuten an, lassen nicht entscheiden über ihre Kinder von Leuten, die als höchstes Ideal den Krieg, also den Krieg en gros, predigen. Wie sich dies alles mit einer christlich-unpolitischen Liste in Einklang bringen läßt, ist eine Angelegenheit, die einem einfachen Menschenverstand nicht ganz klar ist. Es ist auch diesmal wieder eine der bekanntesten Schwierigen Doppelzüngigkeiten unserer Schwarz-weiß-rotten. Das letzte „Lachen Links“ (Sondernummer: Ferien) bringt als Titelbild den Ansturm der Schwarz-weiß-rotten zum Meeresstrand mit den Geleitworten: „In Massen drängen sie zum Wasser — sie haben die Reinigung nötig.“ Wir schließen uns lechterem aufkommend an!

Proletarierfrauen

kaufen sich die Broschüre von der Genossin Luise Otto

Vorbeugen nicht abtreiben

Sie finden darin mehr, als in dsl. selbigen, gelehrten Büchern. Die Schrift ist ein ausreißender

Ratgeber für Eheleute.

Zum 10. Male wieder eingetroffen! Preis 50 Pf. Auswärts gegen Voreinsendung von 60 Pf. an die

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Grapenstraße Nr. 3.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Gebt Eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf!

Aus den Schilderungen eines alten Breslauer Sozialdemokraten.

I. Das Studium des ersten und zweiten Teiles der „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“ hat einen alten Breslauer Parteiführer veranlaßt, seine Erlebnisse in den Jahren 1878 bis 1888 niederzuschreiben. Es ist unter bewährter, nun 70-jähriger Parteipeteran Paul Flägel in Kiewitz, der in neu sehr umfangreichen Artikeln in der „Kiewitzer Volkszeitung“ schrieb. Er wählte dazu die Überschrift: „Zehn Jahre des Feldzugsalters unter dem Sozialistengefähr“. Genosse Flägel schreibt äußerst begeistert über unser Geschichtswerk, und aus seinen persönlichen Erfahrungen ergänzt er es an so mancher Stelle. Auch der Chefredakteur unseres amerikanischen Parteiorgans, Genosse Ludwig Lore, hat sich sehr anerkennend über das Buch ausgeprochen und daher auch unserem alten Kämpfer einen so breiten Raum in seinem Blatt zur Verfügung gestellt. Flägel wurde am 4. November 1856 in Briesgendorf bei Briesg geboren, er wurde Zigarrenmacher und trat bereits 1873 der Eisenacher Richtung der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied bei. 1877/78 arbeitete er in Hamburg und besuchte dort die Agitationschule der Partei, gemeinsam mit Adolf S. Elm und anderen bekannten Genossen. Zur Zeit des Hölzel-Attentats kehrte er nach seiner Heimatstadt Briesg zurück und dort war er sofort die Seele der jungen sozialdemokratischen Bewegung. Das Ausnahmestück wurde verhängt, doch dies schreckte den jugendlichen Idealisten nicht ab. Er verstand es, schon dort der Polizei so manchen Schnapppapier zu schlagen und diese organisierte ihn nach allen Regeln der damaligen Polizeikunst, durch Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Schließlich erreichten sich diese Schikanen und Verfolgungen auch auf die Arbeitsstätten unseres Genossen und es blieb ihm nicht anderes übrig, als den Staub seiner Vaterstadt von den Pantoffeln zu wischen. Flägel verzog nach Breslau, wo er in der Fabrik von Otto Deter Arbeit fand. Im Parteizentrum fand er seinen Mann. Nach etwa zwei Jahren wurde ihm eine Werkstätte bei S. D.

Webelind in Ratibor angeboten, die er annahm.

Doch auch dort wurde er mit Hausdurchsuchungen geplagt, wobei ihm einmal seine Privatbibliothek beschlagnahmt wurde. Erst sein Einspruch vor Gericht hatte Erfolg, man gab ihm seine Bücher und Broschüren wieder heraus, wozu er nur je ein Exemplar besaß. Fast jedes Schriftstück hatte einen Kopfschmerz. „Verboten von der Regierung Berlin“ usw. Die Ratiborer Arbeiterpartei fand unter dem Einfluß des Zentrums und der Polen, bei ihr fand also unser Genosse wenig Verständnis, und so wurde er nach etwa einem halben Jahre der politischen Drangsalierungen müde und kehrte nach Breslau zurück. Hier fing er wieder bei Otto Deter zu arbeiten an.

Sofort war er erneut in der geheimen Organisation tätig. Öffentliche Versammlungen durften nicht abgehalten werden und so mußten die Genossen jeden sich bietenden Anlaß benutzen, um die Arbeiterklasse auf die Reine zu bringen. Einen Anlaß dazu bot ihnen der am 28. Juni 1882 erfolgte Tod des Zigarrenmachers Anton Kappich. Ueber ihr fand also unser Genosse wenig Verständnis, und so wurde er nach etwa einem halben Jahre der politischen Drangsalierungen müde und kehrte nach Breslau zurück. Hier fing er wieder bei Otto Deter zu arbeiten an.

Zu einer Demonstration gab eines schönen Tages der plötzliche Tod des Zigarrenmachers Kappich, mit welchem ich an einem Tisch gearbeitet hatte, die Gelegenheit. Kappich war keine bedeutende Persönlichkeit, aber ein ehrlicher Arbeiter mit einem sehr guten Gedächtnis. Wenn man ihn etwas auftrug, so führte er es sofort aus. Als uns sein Tod gemeldet wurde, ging ich sofort zum Reichstagsabgeordneten Krüder und sagte ihm, daß sich hier eine Gelegenheit bietet, eine große Demonstration herbeizuführen. Also die Beerdigung wurde auf Sonntag nachmittag festgesetzt und be-erhalten wir eine Anzeige in der „Kiewitzer Volkszeitung“, in welcher wir mitteilten, daß der Zigarrenmacher Kappich am Sonntag nachmittag, 8 Uhr, beerdigt werde; Hausnummer angegeben und unsere beiden Namen unter die Luzele gelegt. Das genossenschaftliche Komitee wurde über die Angelegenheit in Kenntnis gesetzt, was mir beachtlich und da gingen sie Samstagabend nach hin und hielten den Sarg mit dem Leichnam aus der Wohnung und

tragen ihn auf den Friedhof ins Totenhäus. Dadurch sollte die beabsichtigte Demonstration verhindert werden. Da aber weder wir noch unsere Genossen von dieser polizeilichen Beschlagnahme eine Ahnung hatten, begaben wir uns zur rechten Zeit in die Wohnung, welche vor dem Oberdor lag, und siehe da, bemerken wir mehr denn 5000 Menschen, welche sich in den Straßen wälzten. Als wir in die Wohnung kamen, erklärte uns die Witwe den Sargvortrag.

Nun ordneten wir die Reihen. Es waren zwölf Sargträger, auf jeder Seite sechs, in der Mitte der Raum, wo sich der Sarg befinden sollte, blieb bis zum Kirchhof leer. Hinter der Reihe, welche nicht vorhanden war, kam die Witwe, ganz schwarz gekleidet, mit einer großen roten Schleife auf der Brust. Hinter herliefen unsere Genossen, meistens 5000, viele bei uns, auf dem ordnet, mit einer Menge von Kränzen, die jeder eigenhändig trug, (weil es so was wie Blumen-Kränzen nicht gab), und Tausende, welche Spalter hielten. So marschierten wir denn, von dem höchsten Sommerwetter begleitet, nach dem ziemlich abgelegenen Friedhof. Als wir dort ankamen, fand der Sarg aus der Totenkammer heraus schon auf dem Grabe. Eine Unmenge Schulden- und Kommittäre waren vorhanden. Ich sah das Grab, um dem Bestorbenden einen Nachruf zu widmen. Ich begann: „Kappich, du bist ein Genosse!“ weiter kam ich nicht, da wurde ich von zwei starken Händen vom Grabe gerissen und ich sah, daß viele Hände einem Kommittar gehörten, welcher erklärte, das Grab sei unordentlich gehalten. Im übrigen erklärte er auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes die Versammlung für aufgelöst. Ein allgemeines Aufbegehren aus der Menge. Ich war erreicht und die gemessenen Zeilungen wurden nach dem Grabe herbeigetragen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Sarg gesammelt, welches die Witwe erhielt, aber es hat nicht viel Plötzlich wieder ausbrach, für unsere nächste Beerdigung, was auch jeder Geber verstand.

In einem früheren Beerdigung hatte Genosse Kappich die besonderen Verdienste des Genossen Kappich in der Demonstration bestritten, daher mußte ich den Genossen Kappich werden, zu Kiewitz, wie dieser Vorgang in Kiewitz bekannt sein sollte.

Beruf und Klasse.

Lehren des sozialen Kampfes in England.

Ein Hauptproblem hat der englische Streit wiederum in voller Schärfe erkennen lassen, ein Problem, das nicht nur für die englische, sondern auch für die deutsche und die gesamte Gewerkschaftsbewegung von immer größerer Bedeutung wird, die Frage: Beruf und Klasse. Es war die Lage der Bergarbeiter und des Bergbaus überhaupt die Ursache des großen Kampfes. Nicht nur die Pflicht der Solidarität als moralisches Gebot führte zum Solidaritätsstreik großer Arbeitermassen, sondern es war die Interessensverbundenheit der britischen Arbeiterklasse mit dem Schicksal der Bergleute und der Entwicklung des Bergbaus als Gesamtindustrie. Der Beruf des Bergmanns und die besondere Lage der britischen Gruben wurde zu einem Klassenproblem der britischen Arbeiterklasse und der britischen Gesellschaft. Das bestätigt wiederum die alte marxistische Erkenntnis, daß im entwickelten Kapitalismus der Beruf, besonders im Proletariat, jene Selbstständigkeit verliert, die er früher hatte. Der Beruf wird zu einem Teil der Klassenzugehörigkeit. Er wird dadurch nicht bedeutungslos, sondern kann bei geeigneten Verufen sogar entscheidende Bedeutung für die Klassenbewegung haben. Er ist aber sozial nur zureichend zu würdigen im Zusammenhang mit der Arbeiterklasse und den Tendenzen der technisch wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus. Diese verdrängt ständig den Stufenbau der Berufe. Sie kann alte Berufe entwerzeln, neue Berufe schaffen und die Geltung der Berufe außerordentlich verschieben. Um nur ein Beispiel aus neuerer Zeit zu erwähnen: Welche ungeheure Bedeutung für das Schicksal der Gesellschaft hat neuerdings die chemische Industrie gewonnen, obgleich sie Massen von herkömmlich ungelerten Arbeitern beschäftigt. Die Bedeutung der Giftgase für den Zukunftskrieg liegt das Schicksal der Arbeiterklasse, ja der Menschheit, mit in die Hand dieser Gasproduzenten, deren Streik einen Krieg fast unmöglich machen kann. So wird die Frage ihrer gewerkschaftlichen Organisation und sozialistischen Schulung im internationalen Maßstab zu einer Kernfrage des proletarischen Klassenkampfes und des Gewerkschaftskampfes. So erklärt dieser Beruf, wenn man es überhaupt so nennen kann, eine Bedeutung, die in keinem Verhältnis zur Berufsausbildung usw. steht.

Dieses Beispiel soll nur die Beweglichkeit der Beziehungen zwischen Beruf und Klasse andeuten. Beziehungen, die einer sorgfältigen laufenden Untersuchung vom Standpunkt des Gewerkschaftskampfes aus bedürfen.

Beim englischen Generalstreik zeigte sich diese Beziehung in besonders auffälliger Weise. Der Kampf um die Lebenshaltung eines sehr wichtigen Berufes wurde zum planmäßigen Kampf der gesamten Gewerkschaftsbewegung gegen die Unternehmer und, was eigentlich ungewollt war, gegen den Staat. Der richtige: Der Staat griff in diesen Berufskampf ein und bestätigte auf seine Weise den Satz des kommunistischen Manifestes, daß jeder ökonomische Kampf auch ein politischer Kampf ist. Nicht nur, daß der Kampf in seiner Ausdehnung und seiner wirtschaftlichen Bedeutung zu einem politischen Ereignis ersten Ranges wurde, sondern die Stellungnahme der Regierung, die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und des Bürgertums als Freiwillige bewies, daß die Klasse nicht nur ein Begriff der marxistischen Theorie, sondern eine gesellschaftliche Wirklichkeit ist. Suchte die Regierung mit dem Staat die Lösung „Der Staat ist in Gefahr“, vor allem die Mittel, um sich für sich zu gewinnen, so zeigt doch diese Lösung und ihre Wirkung, daß in früher indifferenten oder sogar platonisch arbeitertreudlichen Kreisen das Klassengefühl siegte und die Angst vor einem Erfolg der Arbeiter und seiner Wirkung nun auf das Machtbewußtsein der Arbeiterklasse die alte, in England tief gewurzelte bürgerlich-demokratische Tradition überwand. Mochten andererseits die Arbeiter mit vollem Recht betonen, daß es sich um eine nur gewerkschaftliche Aktion handele, so wurden sie doch durch den Widerstand der Regierung und der Unternehmensebene zur Erkenntnis des Klassenzusammenhanges und Klassengegenstandes gezwungen. Ob allerdings durch die Erfahrungen des Streiks die alte Auffassung von der Demokratie als Klassenüberbrückender Form schon endgültig zerstört wird, ist bei der besonderen Entwicklung Englands und bei der theoretischen Einstellung maßgebenden Labourführer zu bezweifeln. Immerhin zeigt die Streikerfahrung, daß auch in dem Lande der ältesten Demokratie der in der Ökonomie wurzelnde Klassengegenstand zutage tritt, wenn die unterdrückte Klasse es wagt, sich selbständig zu organisieren und ihre eigenen Interessen mit Nachdruck und eigenen Waffen zu vertreten. Das besagt nichts gegen den Wert demokratischer Einrichtungen. Sie beeinflussen doch wesentlich den Gang der Kämpfe. Ohne die demokratische Schulung der britischen Arbeitermassen wäre das soziale Wunder kaum möglich gewesen, daß eine so umfassende Bewegung eigentlich ohne nennenswerte Zusammenstöße verlief. Andererseits hat auch sicher die demokratische Tradition der Herrschenden dazu beigetragen, daß nicht

in allpreukischer Weise von Polizei und Militär vorgegangen wurde.

Bedenkt man aber, daß es sich um eine ökonomische Teilfrage handelt, die zwar wichtig ist, aber doch kein unmittelbares Lebensinteresse der englischen Bourgeoisie berührt, so zeigen die Regierunagsmaßnahmen und ihr Widerhall in weiten Schichten des Bürgertums das Wachsen des Klassengegenstandes auch im englischen Kapitalismus als eine naturnotwendige Gegenwirkung gegen das Erstarken und die wachsende geistige Selbstständigkeit der britischen Arbeiterklasse. Es wird von der klaren Einsicht der Massen wie Führer im britischen Proletariat abhängen, welche Lehren aus dem Streit in dieser Beziehung gezogen werden. Offenbar werden veraltete Theorien über Bord geworfen und durch eine mehr ökonomisch-soziologische Anschauung ersetzt.

Beruf und Klasse, dieses Problem zeigte sich in voller Deutlichkeit bei Beginn und beim Ende des Streiks. Bei Beginn, indem die Leitung dem Generalrat der Gewerkschaften übertragen wurde, der auf diese Weise doch eine Art leitende Instanz der Gesamtgewerkschaftsbewegung wurde und so die Klasseneinheit der Berufs- und organisatorisch sehr indifferenten englischen Gewerkschaftsbewegung darstellte. Beim Ende des Streiks zeigte sich wiederum die Schwierigkeit von Klassennotwendigkeiten und Berufserfordernissen. Es gelang nicht, die Einwilligung der Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu erlangen und so dauerte der Bergarbeiterstreik weiter. Es soll hier nicht entschieden werden, ob die Taktik bei Streikschluß den Umständen entsprach. Jedenfalls tritt hier das Problem auf, inwieweit haben Berufsinteressen sich Klasseninteressen zu fügen und wie weit kann die Klasse in der Vertretung von besonderen Berufsinteressen gehen. Auf diese Frage gibt es naturgemäß keine ein für allemal gültige Antwort. So viel kann aber gesagt werden, daß die dauernden Klasseninteressen den Vorrang haben vor augenblicklichen Berufsinteressen. Andererseits muß die Klasse wichtige Berufsinteressen großer Arbeiterschichten mit ganzer Macht vertreten.

Es ist die Erfahrung gerade der englischen Gewerkschaftsbewegung, daß die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, zur Berufseigenbrüderlei neigen, wenn sie nicht vom großen Gedanken der Klassenzugehörigkeit befreit wird. Die Arbeiteraristokratie kann sich allerdings nur unter besonders günstigen Bedingungen bilden, die selbst in England mit der Erschütterung seines ökonomischen Weltmonopols zu schwinden begannen. Über die Neigung zur Ueberhegung des Berufsinteresses ist doch vorhanden, wenn nicht die Gegenwirkung der sozialistischen Aufklärung, des Klassenkampfes und des Klassenkampfes, ihr entgegenwirkt. Andererseits ist eine Vernachlässigung der besonderen Berufserfordernisse, Berufsbedingungen und Berufsbedürfnisse eine schwere Schädigung des Gewerkschaftskampfes, der bei der Organisation der Arbeiter weit mehr mit diesen Dingen rechnen muß, wie die politische Partei.

Es ist daher eine der schwierigsten, aber auch notwendigsten Leistungen einer weitsehenden gewerkschaftlichen Taktik, ein Gleichgewicht zwischen Berufs- und Klasseninteressen herzustellen. Es gilt vor allem, auch dem gewerkschaftlich organisierten und geschulten Arbeiter den Zusammenhang zwischen Beruf und Klasse, zwischen den verschiedenen Industrie- und endlich zwischen ökonomischem und politischem Kampf bewußt zu machen. Hat auch beim englischen Streit die Arbeiterpartei anscheinend keine große aktive Rolle gespielt, so war doch ihr Bestehen ein wichtiger Aktiosten auf Seiten der Gewerkschaft.

Beruf und Klasse sind im Kapitalismus eben keine absoluten Gegensätze. Der Arbeiter als Lohnempfänger ist trotz aller Berufsunterschiede im Hochkapitalismus immer enger an den Klassengenossen gebunden. Er kann seine besonderen Berufserfordernisse nur im Rahmen und mit Hilfe seiner Klassengenossen durchsetzen. So ergibt sich eine Wechselwirkung von Beruf und Klasse. Die großen Probleme wichtiger Berufe werden zu Klassenproblemen des nationalen und internationalen Proletariats. Diese Berufe und Klassenprobleme führen bei den Lösungsversuchen, das zeigt auch der englische Bergbau, immer wieder an die Grenzen der kapitalistischen Produktion. So münden Berufs- und Klasseninteressen bei Anerkennung aller notwendigen und nützlichen Zwischenstufen immer wieder in das Problem der Errichtung und Vorbereitung einer klassenlosen Gesellschaft, die heute bei der großen Wirtschaftskrise auch ein Problem des rein gewerkschaftlichen Kampfes wird. Beruf und Klasse führen auch den Gewerkschaftler vom Lohnkampf und der Sozialpolitik immer mehr auf das Gebiet der ökonomischen Umwandlung und zum Kampf um die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft.

Statt Lohnsteuer — Arbeitgebersteuer?

Unternehmerkreise machen Propaganda für die Abschaffung der Lohnsteuer an deren Stelle eine Arbeitgebersteuer treten soll. Die Forderung ist derart gedacht, daß der Arbeitgeber ein fest bestimmtes Prozent aller von ihm ausbezahlten Gehälter und Löhne als Arbeitgebersteuer entrichten soll. Selbstverständlich sollen die Arbeiter einen um den „ungefähren Steuerbetrag normierten Lohn“ erhalten.

Es ist nun möglich, daß dabei den Unternehmern materielle Vorteile erwachsen, wenn nämlich die auf Grund der Steuerleistung vorgenommene Lohnkürzung größer wäre als die abgeführte Steuersumme. In Zeiten der großen Arbeitslosigkeit besteht für den Arbeitgeber auch die Möglichkeit, die Bezüge der Arbeitnehmer auch auf diese Weise zu kürzen. Worauf es aber den Unternehmern bei diesem Plan in erster Linie ankommt, ist die politisch-agitatorische Seite: sie möchten gern als alleinige Steuerträger auftreten können, um sagen zu können daß sie es sind, welche die Staatseinkünfte steuern, und die deshalb allein über die Ausgaben entscheiden müssen. Bei der Möglichkeit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch eine kapitalistische Presse könnte allerdings ein solcher Schein erweckt werden.

Die Arbeitgeber berufen sich bei ihrer Propaganda auf die großen Ausgaben, welche bei Errechnung des Steuerabzuges aus dem Lohn entstehen. Finanzrat Dr. Kiewald beweist, daß die von den Arbeitgebern mit 42 Millionen Mark angegebenen Ausgaben in Verbindung mit der Abführung der Lohnsteuer in Wirklichkeit nur etwa 15 Millionen Mark im Jahre ausmachen dürften. Da aber heute in der Lohnsteuer der Familienstand des Arbeitnehmers berücksichtigt wird, während bei der Arbeitgebersteuer dies in Wegfall kommt, müßten die Arbeitgeber als Ausgleich überall Familienlohnzulagen einführen, die damit verbundenen administrativen Kosten wären aber kaum geringer als jene, welche bei der Einführung der Lohnsteuer heute erwachsen.

Verbot der Misshandlung in Sprengstoffabriken.

Gemäß dem Antrag des Landtagsausschusses für Handel und Gewerbe nahm der Preussische Landtag vor einiger Zeit eine Entschließung an, in der das Staatsministerium u. a. ersucht wurde, bei der Reichsregierung auf die unangehörige Vorlage eines Gesetzesentwurfes hinzuwirken, der die Misshandlung und die Zahlung von Leistungsprämien in Sprengstoffbetrieben verbietet, der eine verschärfte Kontrolle der Sprengstoffbetriebe durch die Aufsichtsbehörden unter Heranziehung von Arbeitern aus dem Berufe gewährleistet, und der den achtstündigen Arbeitstag für diejenigen Anstalten der Sprengstoffbetriebe, in denen Sprengstoffe hergestellt und verarbeitet werden, gesetzlich festlegt.

Wie der Antifaschistische Preussische Pressedienst mitteilt, haben der Preussische Handelsminister und der Minister des Innern in einem gemeinsamen Ertrag im Anschluß an jene Entschließung die Misshandlung in einer Reihe von bezogenen Betrieben, in denen Sprengstoffe hergestellt und verarbeitet werden, verboten. Ferner sind die nachgeordneten Behörden angewiesen worden, Gesundheitsstellen der Sprengstoffbetriebe des Verfalls der Gesundheitszustände zu prüfen, die achtstündige Arbeitszeit zu achten, mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage, Notlage der Arbeiter können zwar Ausnahmen gemacht werden; auf der anderen Seite aber sprechen die Minister die Erwartung aus, daß alle nicht dringlichen Anträge abgelehnt und daß tarifliche Abmachungen, die den angegebenen Verböten widersprechen, beanstandet werden.

Ein kommunistischer Mutterbetrieb.

Die russische Handelsmission beschäftigte das Kaufmannsgericht Kammer VII in zwei Sitzungen unter Vorsitz des Kammerpräsidenten Dr. Oppier. Ein kommunistischer Angeklagter erhielt nach Abgang des Hauptvertrages nicht sofort sein Zeugnis, sondern erst auf dem höchsten Grade. Man gab ihm ein Zeugnis in russischer Sprache. Dies betraf die Frau, die nicht, und erst nach ein Paar Monaten — die Befragte war im ersten Termin nicht erschienen — erhielt der Angeklagte ein ordnungsmäßiges Zeugnis. Der Kläger beantragte außerdem, dem Gehalt entsprechende Entschädigung bis zu dem Tage nach Erhalt des Zeugnisses, da ihm ohne dieses nicht möglich wurde, anderwärts Stellung zu erlangen.

Dies veranlaßte nun die Handelsvertretung zum Einspruch und ein Dr. Goldstein machte allerlei mündliche Einwendungen, brachte auch zwei Zeugen mit, die erst gar nicht vernommen wurden, um die Entschädigungen als unbedeutend hinzustellen. Durch den Einigungsorschlag des Vorsitzenden ist die Summe von 150 — statt 190, wie verlangt — von der Handelsvertretung genehmigt worden. Auch dieser Mitarbeiter, ein Kommunist, mußte erst sein Recht durch ein bürgerliches Gericht, und zwar durch drei Termine, zu erwirken suchen. Der Kläger ersuchte noch präliminär um Ueberweisung der Verfahrenskosten. Es wurde ihm durch Dr. Goldstein aber erklärt, daß Angestellte nach dem Vertrag Deutschland-Rußland nicht versicherungspflichtig sind.

Tagung der Gefängnis- und Erziehungsbeamten.

Der dem ADB angegliederte Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsbeamten und -beamtinnen Deutschlands hielt in der vorigen Woche seinen 12. Bundestag ab. Der erste Verhandlungstag galt dem Geschäftsbericht. Der Bericht bespricht die starke Zerspaltung der Beamtenbewegung, der es zuzuschreiben sei, daß die Beamten bisher zu wenig Erfolge hatten. Die Organisation der Justizbeamten bildet mit den Aufsichtsbeamten eine Arbeitsgemeinschaft, wodurch einmal das Ausspielen der einen Gruppe gegen die andere verhindert wird und eine

starke Vertretung gemeinsamer Interessen erreicht wird. Wenn die Organisation in ihrem Streben nach gerechter Einkufung trotz eifriger Bemühung sehr wenig erreicht hat, so deshalb, weil die staatspolitische Bedeutung der Aufsichtsbeamten immer noch nicht genügend gewürdigt sei. Der Bericht betont die Notwendigkeit der 48stündigen Arbeitswoche und erwähnt an einzelnen Beispielen die Unhaltbarkeit der Zustände an kleineren Gerichten. In der Frage der Urlaubsregelung seien zwar Erfolge erzielt worden, da die Ministerien gerade diesen Bestrebungen Verständnis entgegenbringen, aber doch nicht in ausreißender Weise, da die Anstaltsleitungen dabei verlagern. Der ADB habe sich im vergangenen Jahre mit anerkanntem Eifer der unteren Beodlungsgruppen angenommen und sich bei Parlamenten und Regierungen großen Einfluß zu verschaffen gesucht. Unter seiner Mitwirkung ist der Entwurf eines neuzeitlichen Beamtenrechts aufgestellt worden. Die Landeszentrale des ADB ist für die mit Aufhebung des Sperrgesetzes notwendige Neuerung der preussischen Beodlungsverhältnisse sehr wirksam eingetreten.

Der zweite Tag brachte ein Referat des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ministerialrat a. D. Falkenberg, über die Gewerkschaftspolitik des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Der äußerst aktuelle Kampf um das Berufsbeamtentum sei eine reine Organisationsfrage. Es wäre eine Täuschung, zu glauben, der Beamtenabbau sei erledigt. Das Berufsbeamtentum habe drei Feinde. Erstens die sogenannte Wirtschaft (Industrie, Banken, Handel), zweitens die höhere Verwaltungsbürokratie, drittens die Kollegen in den gegnerischen Verbänden. Besiegt werden können diese Feinde nur durch Zusammengehen aller auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Beamten. Das Berufsbeamtentum ist in Deutschland durch die Weimarer Verfassung gesichert wie in keinem anderen Land. Schon daraus ergibt sich, daß die Republik nicht berufsbeamtensfeindlich ist. Die Sabotage des Berufsbeamtentums, wie sich ganz deutlich bei der Reichsbahn zeige, gehe von den Vertretern des nationalen und internationalen Kapitals aus, von denselben Kräften, die den Generalabbau betrieben haben. Die jegliche beherrschende Zerspaltung der Beamtenbewegung drängt dazu, auf gewerkschaftlicher Grundlage eine Einheitsbewegung zu schaffen, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die Durchsetzung der Gewerkschaftserfordernisse

nur auf dem Wege über die Politik möglich ist.

Es folgte ein Vortrag von Dr. Böcker über die Beodlungs-politik des ADB. Böcker wies darauf hin, daß die Beamtenbeodlung bedingt sei durch die wirtschaftliche Macht des Staates. Erfolge können die Beamten nur haben, wenn sie mit Arbeitern und Angestellten zusammengehen. Eine vernünftige Regelung der Beamtenbeodlung ist zugleich von Bedeutung für das Wohl-ergehen der Gesamtwirtschaft, weil die Beamtenklasse einen sehr wesentlichen Teil der Konsumwirtschaft bildet. An die Vorträge schloß sich eine sehr rege, im wesentlichen zustimmende Debatte.

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Vortrag des Lehrers Seemann-Spanbau über den Aufsichtsbau in Straf-vollzug. Er führte aus, daß der neue Strafvollzug von dem Reformgedanken ausgehe, progressiv sei. Eine Unvollkommenheit des progressiven Strafvollzuges sei, daß er erst bei gewisser Dauer beginne. Es muß darauf geordnet werden, daß die Beamten, die den progressiven Strafvollzug durchführten, die Psyche der Gefangenen genau kennen lernen. Sie müssen eine gründliche Durchbildung erfahren.

In seinem Vortrag über den

Aufsichtsbeamten in der Fürsorge

kritisierte der Leiter der Sozialabteilung Hamburg, Gehling, sehr scharf, was bisher auf diesem Gebiete geschehe. Er wies darauf hin, daß die Fürsorge im wesentlichen heute in der Hand privater Vereine liege, die natürlich nicht in der Lage sind, die Fürsorgebedürftigen völlig zu erlassen. Die Mängel dieser privaten Fürsorge liegen darin, daß der Wirkungsbereich viel zu eng beschränkt ist, vor allem aber, daß den sich in den Vereinen Betätigenden die gründliche Vorbildung für ihr Wirken fehlt. Der Träger der Fürsorge muß eine festgelegte staatliche Organisation sein, und sie müsse schon beginnen, wenn der Mensch kriminell werde. Der Entlassene darf nicht schloßlos sein, er muß auch Menschen haben, auf die er sich stützen kann.

Nach einer lebhaften Diskussion schloß der Vorsitzende mit einem Dank an die Teilnehmer die erfolgreich verlaufene Tagung.

Von Arbeitern auf die Straße.

Mülheim (Ruhr), 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Ab-teilung Maschinenbau der Friedrich-Wilhelm-Hütte wird infolge der Durchführung des Rationalisierungsprogramms der Be-einigten Stahlwerke H. G. Mitte Juli stillgelegt. 600 Arbeiter gelangen zur Entlassung.

An alle jugendlichen Textilarbeiter und Arbeiterinnen!

Jeden Donnerstag in der Woche findet im Gewerkschafts-haus, Unterdegenauer, Eingang vom Hof, die Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugend statt. Wir bitten euch, regelmäßig an den Zusammenkünften teilzunehmen. Die Zusammenkünfte sind immer abends 7 Uhr. Alle diejenigen, welche regelmäßig an den Zusammenkünften teilnehmen, wollen sich im Verbandsbüro melden zur Erregung nahe des Verbandsabteilens und einer Ausweiskarte, die dann immer vorgelegt werden muß. (Ermalige Zusammenkünfte: Donnerstag, den 1. Juli, dann laufend jeden Donnerstag in der Woche zur gleichen Zeit. Wir bitten, diesem Mahnruf prompt Folge zu leisten.)

Die Wähler der Duisburger Gesundheitskasse für die preussische Wasserbauverwaltung führen zu folgenden Ergebnissen: Preussische Gesundheitskasse 201 (200), Reichsgewerkschaften 226 (188), Sozialdemokratische Partei 102 (90). Die Wahlberechtigung war im Jahre 1925 als im November. Die (sogenannte) Gesundheitskasse haben ihre Stimmzettel am 27. Juni abgegeben. Bei der Teilung der Stimmzettel auf die freien Gewerkschaften, Arbeiter und zwei Angehörige. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Arbeiterstimmzettel.

Wirtschaft.

Neuer Sturz des französischen Franken.

Paris, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht). Der wenig gute Eindruck, den die Regierungserklärung in politischen und finanziellen Kreisen hinterlassen hat, zusammen mit den zahlreichen konfuse Nachrichten über die Absichten Gailkaur bezüglich der Aufnahme einer Auslandsanleihe und der eventuellen Heranziehung des Goldbestandes der Pariser Bank von Frankreich haben am Mittwoch ein hartes Unbehagen an der Pariser Börse ausgelöst, das sich in einem starken Frankenssturz äußerte. Das Frank Sterling fiel von 160,40 in den Morgenstunden bereits auf 172,25 und schloß mit dem amtlichen Börsenkurs von 173. Nachbörse überließ es 174. Der Dollar notierte 35,52. Die deutsche Reichsmark, die am Dienstag mit 823 notierte, fiel am Mittwoch auf 851.

Steigender Reichsindex.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und sonstige Bedarfs) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni 140,5 gegen 139,9 im Vormonat. Sie hat sich somit um 0,4 vom Hundert erhöht. Bei den Ernährungsausgaben konnten Preissteigerungen für Kartoffeln und Fleisch durch die in der ersten Monatshälfte nach nachgelassenen Preise für Milch und Milcherzeugnisse nur zum Teil ausgeglichen werden. Die Ausgaben für Wohnung haben sich in einzelnen Teilen des Reiches weiter erhöht.

Der Leuchtungsindex hat demnach, wie auch schon im Vormonat, im Hinblick auf die steigenden Großhandelspreise zugenommen. Er betrug für Februar 1926 138,8, sank im März auf 138,3, um im Monat Mai gegenüber dem Monat April um 0,2 Prozent und im Juni um 0,4 Prozent anzuziehen. Wir haben so die Tatsache zu verzeichnen, daß, während der Arbeitsmarkt kaum eine Besserung aufweist, das Preisniveau sich steigert. Im Auslande ist dagegen eine fast umgekehrte Entwicklung festzustellen. Die bedeutendste Erscheinung in Deutschland beruht auf der Preissteigerung von Agrarprodukten, wie Kartoffeln und Fleisch. Sie ist durchaus geeignet, die Regierung zu bewegen, sich ihre bekannten Folgeexperimente nochmals gründlich zu überlegen.

Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

Immer noch absteigende Linie.

In der Berichtswache trat eine wesentliche Besserung der Arbeitsmarktlage in der Provinz Niederschlesien nicht ein. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug 107 023 (in der Vorwoche 107 334), die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger 75 299 (in der Vorwoche 78 928). In der Stadt Breslau wurden gezählt 48 894 Arbeitssuchende und 26 291 Erwerbslosenunterstützungsempfänger.

In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit reger infolge Nachfrage nach Arbeitskräften für die Feuernte und Feldarbeiten, trotzdem hier das Regenwetter stark hindernd wirkte.

In der Forstwirtschaft fanden im Sprottau-Berzirk weitere Entlassungen von Arbeitskräften statt. Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau ist die Lage unverändert ungünstig.

In der Industrie der Steine und Erden nahm die Schönerer Kalkindustrie Entlassungen vor. In einigen Bezirken zeigte sich die Ziegeleien aufnahmefähiger.

In der Metallindustrie wurden weitere Entlassungen am Wehauer Bezirk seitens einiger Stahlwarenfabriken vorgenommen. Im Sprottau-Berzirk mußten einige Eisenwerke und Hütten mit einem Teil ihrer Belegschaft freigeschickt werden, da infolge des Hochwassers zum Teil die Glüh- und Schmelzöfen gelähmt waren.

Im Spinnstoffgewerbe ist die Arbeitsmarktlage weiterhin gleichbleibend ungünstig. Im Reichenbacher Bezirk wurden weitere Entlassungen angekündigt. Im Grünberger Bezirk kamen am 19. Juni 300, zum größten Teil weibliche Arbeitskräfte aus den dortigen Spinnereien, zur Entlassung. Dagegen

konnten in Siegnh die dortigen Wirkwarenfabriken eine Anzahl Arbeiterinnen einstellen.

Im Holz- und Schnittpfleggewerbe mußte im Wehauer Bezirk ein Sägewerk infolge Hochwassers Arbeitskräfte entlassen. Im Wehauer Bezirk wurde eine Möbelfabrik infolge Konturdes stillgelegt. Auch im Neumarkter Bezirk nahm eine Möbelfabrik Betriebsänderungen in größerem Umfange vor.

In Pommern- und Genuhmittelgewerbe wurde im Neumarkter Bezirk eine Kartoffelstoderkörbrik stillgelegt und die Belegschaft entlassen. Dagegen nahm in demselben Bezirk eine Zuckerrüben-Verarbeitung den Betrieb wieder auf und stellte eine Anzahl Arbeitskräfte ein.

Im Baugewerbe ist die Lage im allgemeinen unverändert. Einstellungen von Facharbeitern standen Entlassungen in etwa gleicher Höhe infolge der ungünstigen Witterung gegenüber.

Im Bekleidungs-gewerbe verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Sowohl in Konfektionsgewerbe als auch in der Maßschneiderei stieg die Zahl der Arbeitssuchenden weiter an.

In der Gast- und Schankwirtschaft wurde die Arbeitsmarktlage durch die ungünstige Witterung stark beeinflusst; namentlich ging die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Bäderorte trotz härteren Angebots weiter zurück.

Im Verkehrsgewerbe beeinflusste das Hochwasser weiter stark die Arbeitsmarktlage im Schiffsgewerbe; es fanden weitere Entlassungen statt.

Für ungelernie Arbeitskräfte war infolge des ungünstigen Wetters die Arbeitsmarktlage schlecht. Nur in einigen Bezirken konnte eine Anzahl ungelerner Arbeitskräfte zum Kirchenspielen vermittelt werden.

Wilst Du Mörderorganismen mit Erfolg bekämpfen und unmöglich machen?

Dann werde noch heute Mitglied der Sozialdemokratischen Partei

Zeige diesen politischen Strolchen, daß es Dir ernst ist um das Leben von aufrechten Staatsbürgern!

Exportbelegung in der deutschen Automobilindustrie.

Die griechische Regierung gab den Hanja-Lloydwerten in Bremen 350 Lastwagen in Auftrag. Es handelt sich um 300 Stück 1½ bis 2-Tonnen-Schnelllastwagen mit Pritschenaufbauten und 50 eben solchen Lastwagen mit Aufbauten für Fernverkehrs-transporte. Der Auftrag ist der deutschen Industrie zugefallen, obwohl auch die ausländische Konkurrenz sich überaus lebhaft darum bemüht hatte.

Auch an die Nationale Automobilgesellschaft hat die griechische Regierung einen größeren Auftrag, vergeben. Es handelt sich dabei um 3-Tonnenwagen für die hellenische Postverwaltung. Eine größere Anzahl 5- und 3-Tonnen-NG-Lastwagen und Lieferomnibusse ging nach Kolumbien, Guatemala und Perien. Außerdem hat die NG mit der ungarischen Staatsmaschinenfabrik ein Lizenzabkommen geschlossen, das bereits mit der Lieferung von Lastwagen und Omnibussen seine erste praktische Befruchtung gefunden hat.

Von den Brennaborwerten wurden in der letzten Zeit 60 Personenwagen an die jugoslawische Regierung zur Abfertigung bestellt. Die Lieferungen nach Distanen und Südamerika haben eingesetzt.

Rein übles Geschäft.

Die im Jahre 1890 gegründete China-Export-, Import- und Bank-Co. in Hamburg war nach der Inflation in der Lage, ihr Vorzugskapital von 1,5 Millionen Mark unverändert zu lassen. Die Marktwertung hatte also ihrem Besitz keinen Eintrag getan. Inzwischen ist die Firma, welche die höchsten Gewinne in China und Japan erzielt, infolge der Umgruppierung der Verkaufsorganisation des Chemietrafs in Liquidation getreten. Deren Abschluß brachte jetzt den Aktionären für das letzte Jahr 50 Prozent Dividende und außerdem für jede Aktie von 1000 Mark eine Barzahlung von 2000 Mark. Wahrscheinlich ein feines Geschäft!

Soziales.

Rechtsentscheide des Kammergerichts in Meierhoffen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind in letzter Zeit die folgenden Rechtsentscheide des Kammergerichts in Meierhoffen ergangen:

Ueber einen Antrag auf Kostenentlastung kann auch dann in einem Ergänzungsbefehl entschieden werden, wenn der Antrag erst nach der Sachentscheidung des Meierhoffenamtes oder der Beschwerdeinstanz gestellt worden ist. — Gebühren eines Rechtsanwalts in eigener Sache sind keine baren Auslagen im Sinne des § 15 der Verfahrensordnung (31. 3. 1926, 17. P. 28/26). — Als Vergleichsräume bei Festsetzung der Friedensmiete sind Räume möglichst gleicher Art und Lage geeignet (22. 4. 1926, 17. P. 36/26).

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt folgende neuere Entscheidungen des 1. Zivilsenats in Aufwertungsfragen bekannt:

Die Wiedereintragung einer zivilrechtlichen und gelösten, nach den §§ 14, 15 des Aufwertungsgesetzes aufwertbaren Hypothek an der alten Rangstelle kann auch im Falle einer Vereinbarung über die Höhe der Aufwertung nur bei der Aufwertung, daß auf die nach § 87 A.W.G. an dieser Stelle eintragbaren 2 v. H. des Goldmarkbetrages gemäß § 18 Abs. 1, S. 1, der Goldmarkwert der geleisteten Zahlungen angerechnet wird (15. April 1926, 1. X. 205/26).

Die einem Miterben bei der Auseinandersetzung überlassene, aus einer umgewandelten Nachlassgrundschuld entstandene Erbfindungshypothek ist nicht anders aufzumerken, wie die Grundschuld ohne Umwandlung aufzuwerten gewesen wäre (8. Mai 1926, 1. X. 280/26).

Die in § 18 Abs. 1 S. 1 A.W.G. für die Anmeldung des Aufwertungsanspruchs bestimmte Frist ist erst mit dem 2. Januar 1926 abgelaufen. Eine am 2. Januar bei der Aufwertungsstelle eingegangene Anmeldung ist noch rechtzeitig erfolgt und vermag als Grundlage für den Antrag auf Eintragung eines Widerspruchs gemäß § 16 Abs. 2 S. 2 zu dienen (14. Mai 1926, 1. X. 249/26).

Als „Unternehmer“ im Sinne des § 7 Abs. 1 S. 3 A.W.G. sind nicht nur Grundbesitzer, sondern auch alle sonstigen öffentlich-rechtlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Unternehmen anzusehen, die nach Gesetz oder Satzung bestimmte Befähigungsgrenzen einhalten haben. Zu ihnen gehören auch die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung (20. Mai 1926, 1. X. 305/26).

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 30. Juni 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verlobestation in vollen Wagonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau beziehen). Tendenz: Getreide: Roggen weiter gefragt. — Getreide: Geschäftlos. — Mehl: Zeit.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	30.	29.	Dessaaten	30.	29.
Weizen 74 kg*	30,00	30,00	Winterweizen	—	—
Roggen 71 kg*	19,20	19,00	Getreidemehl	53,	—
Hafer - neuer	18,50	18,50	Seufsamem neu	—	—
Braugerste neu	18,50	18,50	Hanflaat	—	—
Winter-Getreide	17,50	17,50	Wohn, blau neu	—	—

* Getreide- bzw. Effekttogewicht. Feine und feinste Qualität entsprechend höher.

Amtliche Notierung für Mühlenzergangstoffe (je 100 kg):

	30.	29.	Auszugmehl	30.	29.
Weizenmehl *	44,00	44,00		49,50	49,50
Roggenmehl *	30,00	29,50			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 1. Juli.

1 Pfund Sterling	20,415	100 fr. France	11,79
1 Dollar	4,195	100 sch. Kronen	12,418
100 holl. Gulden	168,53	100 Schweizer Francs	81,23
100 belg. Francs	11,71	100 Pesetas	67,62
100 norm. Kronen	92,08	100 schwed. Kronen	112,58
100 Danzig. Gulden	81,08	100 000 ung. Kronen	5,87
100 Lire	15,15	100 öst. Schilling	59,35
100 dan. Kronen	111,23	100 Slotz	42,39

Sommer-Ausverkauf

Nr. 143
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 144
Abbild. 100
Kleid a. gut be-
druckt. Vollweite in
modern. mittelkarigen
Mustern mit reich an-
geordnetem Rock, weiß.
Vollgestick. Perlmutter-
knöpfen und
Schleife 7⁹⁰

Nr. 145
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 146
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

20 bis 40 Prozent unter bisherigen Preisen

3000 Kasak-Blusen und Damen-Kleider

aus besten Wasche, Woll- und Seidenstoffen, former

Mehrere Hundert Frauen-Kleider in großen Weiten
für 48 u. 50 Figur
aus Wolllammwolle, bedruckt, Volla u. Seide in bester Verarbeitung

Ausverkaufs-Angebote
in Kinderbekleidung

Nr. 147
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 148
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 149
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 150
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 151
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 152
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 153
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 154
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 155
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 156
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 157
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 158
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 159
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 160
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 161
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 162
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 163
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 164
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 165
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 166
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 167
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 168
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 169
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 170
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Ein Posten weiße Volla-Mädchenkleider für den Alter von 10 bis 15 Jahren
in geschmackvoller Verarbeitung und modernen Formen
Serie 1 4.50 Serie 2 6.50 Serie 3 6.50

Mehrere Hundert
Spinnstoff-Blusen
mit Falten und Seidenknöpfen
Eigen, Fabrikat - Beste Verarbeitung
Weiß, Waschkraut 4.90
Weiß, Vollweite 3.25
Baumwolle, naturfarbig 3.90
Das Strickkleid, in weiß od. hellfarbig, Jacquardmuster mit Wollpelzbesatz. 18.75
Beste Qualität 18.75
Das Strickkleid, in weiß od. hellfarbig, Jacquardmuster mit Kunstseidenbesatz 24.50
Wollpelzbesatz 24.50

Leinwandhaus
Nikolastraße 74-76

Bielschowsky

Edle Herrenstraße

Nr. 171
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰

Nr. 172
Abbild. 100
Kleid aus kariertem
Waschseide m. Falten
rock und Pezle
mit Knöpfen 6⁹⁰